

SVR-Policy Brief 2022-4

Auf Partnersuche?

Staat und Migrantendachverbände in der Integrationspolitik



Zitiervorschlag:

Muaem Sultan, Marie 2022: Auf Partnersuche? Staat und Migrantendachverbände in der Integrationspolitik. SVR-Policy Brief 2022-4, Berlin.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Migrantendachverbände: Neue Player in der Integrationspolitik?	6
2 Alle unter einem Dach? Migrantenorganisationen im deutschen Verbändesystem	9
2.1 Migrantendachverbände als Teilmenge migrantischer Interessenverbände	10
2.2 Eckdaten des Organisationsfeldes und Zugänge zu seiner Vielfalt	11
3 Was wissen wir über die Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden in der Integrationspolitik?	16
3.1 Ambition und Nachfrage: Leistungsprofile von Migrantendachverbänden und Maßstäbe ihres integrationspolitischen Einbezugs	16
3.2 Interessen vertreten: <i>Public-Affairs</i> -Strategien von Migrantendachverbänden	21
3.3 Interessen einbeziehen: politische Repräsentationsfunktionen von Migrantendachverbänden	23
4 Fazit und Forschungsdesiderate	27
Literatur	28
Anhang	31
Tabelle	31
Abkürzungen	33

Das Wichtigste in Kürze

- Migrantenorganisationen haben in Deutschland zahlreiche Dachverbände gegründet, die sich dynamisch fortentwickeln und als wichtige Partner der Integrationspolitik gelten.
- Der Policy Brief erörtert, welche gesellschaftlichen Rollen und Funktionen Migrantendachverbände übernehmen und wie sie sich im Rahmen der Verbändelandschaft definieren lassen.
- Migrantendachverbände bilden keinen homogenen Verbändetyp. Sie unterscheiden sich in ihren Leistungsprofilen und (integrationspolitischen) Repräsentationsansprüchen.
- Neben Migrantendachverbänden, die primär die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, gibt es z. B. auch solche, die sich stärker als gesellschaftspolitische Fürsprecher der Interessen von konkreten Nutzergruppen ihrer Mitgliedsorganisationen verstehen (also von Dritten bzw. Nichtmitgliedern). Der jeweilige Fokus prägt auch die Beziehungen zu Politik und Verwaltung.
- Mehr Forschung ist insbesondere zur Frage notwendig, inwieweit die wechselseitigen Erwartungen und integrationspolitischen Agenden von Staat und Migrantendachverbänden zueinanderpassen.

Zusammenfassung

Viele Migrantenorganisationen haben sich in Deutschland regional und auf Bundesebene zu Dachverbänden zusammengeschlossen, um (neben möglichen weiteren Funktionen) gemeinsame Interessen zu formulieren, sie wirksam nach außen zu vertreten und sich gegenüber Politik und Verwaltung als Ansprechpartner für Fragen der gleichberechtigten Teilhabe zu positionieren. Auch die Politik betont, dass Migrantendachverbände wichtige Partner zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft sind. Dennoch gibt es viele Wissenslücken über das Verhältnis von Staat und Migrantendachverbänden. Das Ziel dieses Policy Briefs ist es daher, den bisherigen Wissensstand und den weiteren Forschungsbedarf zu diesem Thema aufzuzeigen.

Es wird gefragt, was Migrantendachverbände gegenüber anderen Interessenvertretungen auszeichnet, wie das Organisationsfeld strukturell und inhaltlich aufgestellt ist und welche Einflussgrößen die Beziehungen von Migrantendachverbänden zu staatlichen Akteurinnen und Akteuren prägen. Hierzu wurde der Forschungsstand aufgearbeitet und eine

Onlinerecherche durchgeführt, die einen vorläufigen Überblick über die auf Bundesebene aktiven Migrantendachverbände verschaffen soll. In einem ersten Schritt wurden gut 60 Verbände von Zugewanderten ermittelt; von ihnen konnte etwa die Hälfte als Migrantendachverband eingestuft werden (Definition s. Kap. 2); die Zuordnung ist allerdings im Einzelnen noch zu validieren, da nicht immer alle zur Beurteilung erforderlichen Informationen online verfügbar sind. Die gut 30 Migrantendachverbände wurden in Hinblick auf ihre Verbandsgeschichte und Gründungsmotivation, ihre programmatischen Ziele, Aktivitätsschwerpunkte und Mitgliederstruktur verglichen. Die Bestandsaufnahme zeigt:

Insgesamt ist das Organisationsfeld dem breiten Spektrum der nichtwirtschaftlichen Interessenvertretungen zuzuordnen. Mehrheitlich liegt der Fokus von Migrantendachverbänden auf sozialem und sozialpolitischem Engagement. Dennoch bilden Migrantendachverbände keinen homogenen (neuartigen) Typus im Verbändefeld, sondern sie sind inhaltlich, strukturell sowie in ihren Leistungs- und Repräsentationsprofilen divers. Migrantendachverbände können u. a. nach den folgenden Gesichtspunkten unterschieden werden:

- **Art des organisierten Interesses und Gliederungsform:** Neben Verbänden, die möglichst alle Migrant*innenorganisationen in einer bestimmten Region vernetzen wollen, gibt es auf jeder politischen Ebene (Bund, Land, Kommune) auch stärker spezialisierte Migrantendachverbände mit zusätzlichem fachlichem Schwerpunkt und/oder Zielgruppenfokus, Gemeinsamkeiten entlang von Herkunft, Kultur oder Sprachraum oder religiöser Prägung. Häufig überlappen sich mehrere der genannten Kriterien (z. B. Fachverband mit Gemeinsamkeit entlang der Herkunft), sodass Migrantendachverbände die auch im übrigen Verbändefeld fortschreitende Ausdifferenzierung organisierter Interessen widerspiegeln.
- **Vertretungsanspruch:** Ein Teil der Migrantendachverbände trägt vorrangig materielle oder allgemeine ideelle Mitgliederinteressen nach außen. Ein anderer Teil versteht sich dagegen stärker als gesellschaftspolitischer Fürsprecher der Interessen von Dritten bzw. Nichtmitgliedern, meist konkreter Nutzergruppen ihrer Mitgliedsorganisationen.
- **Adressaten und Strategien der Interessenvertretung:** Nicht jeder Migrantendachverband strebt in erster Linie danach, Einfluss auf konkrete politische Entscheidungen zu gewinnen. Bei manchen ist die Interessenvertretung vielmehr auf den öffentlichen Diskurs oder andere Interessenorganisationen ausgerichtet. Wie etabliert ein Migrantendachverband ist, lässt sich daher nicht allein daran ablesen, ob er regelmäßig in entscheidungsrelevante politische Gremien eingebunden ist. Da sie unterschiedliche Interessen verfolgen, lassen sich auch die Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden nicht immer nach demselben Schema beurteilen. Hier bestehen noch Wissensdefizite hinsichtlich der Frage, inwiefern die wechselseitigen Agenden und Handlungserwartungen von Politik und Migrantendachverbänden zueinanderpassen und inwieweit im Alltag der Interessenvertretung die Ansprüche an den Einbezug von Migrantendachverbänden eingelöst werden.

1 Migrantendachverbände: Neue Player in der Integrationspolitik?¹

In Deutschland gibt es schätzungsweise 12.400 bis 14.300 formalisierte Migrantenorganisationen², deren Aktivitäten ein breites Spektrum zivilgesellschaftlichen Engagements abdecken. Auch den Weg in die Interessenvertretung haben sie längst angetreten und hierzu u. a. zahlreiche Dachverbände gegründet, in denen sie sich zusammenschließen, um (neben weiteren Funktionen) gemeinsame Interessen zu bündeln und diese wirksamer nach außen zu vertreten (SVR-Forschungsbereich 2020: 53–54). Damit ist in der thematisch und strukturell vielfältigen Landschaft der Migrantenorganisationen ein ebenfalls breit aufgestelltes Verbändefeld entstanden.

Aufbau und Fortentwicklung solcher Migrantendachverbände³ werden nicht nur von den Migrantenorganisationen selbst vorangetrieben, sondern seit gut einem Jahrzehnt auch von politischer Seite gefördert (SVR-Forschungsbereich 2020: 63–69). Beispielsweise förderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zwischen 2010 und 2011 ein vom Paritätischen Gesamtverband koordiniertes Projekt: Um die Rahmenbedingungen für eine strukturelle Förderung bundesweit tätiger Migrantenorganisationen zu erarbeiten, brachte es Vertreterinnen und Vertreter bundesweit tätiger Migrantenorganisationen, des BAMF und der zuständigen Ministerien an einen Tisch (s. Bambal et al. 2011). Im Jahr 2013 rief

das BAMF dann das Programm „Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“ ins Leben. Wesentliche Ziele der Förderperiode 2013 bis 2018 waren „die Verbesserung der Ansprechbarkeit der Migrantenorganisationen für Politik und Verwaltung, der Ausbau ihrer migrationspolitischen Expertise sowie die aktive Interessenvertretung“ (ies/amfn 2019).

Dies macht deutlich, wie sich die bundespolitische Sicht auf Migrantenorganisationen in den letzten zwanzig Jahren gewandelt hat: Nach einer langen Zeit der Nichtbeachtung und mitunter sogar Skepsis zeigen Bund und Länder seit der Jahrtausendwende gesteigertes Interesse am Potenzial der Migrantenorganisationen als integrationspolitische Impulsgeber und „Problemlösungsakteure“ (Rehder 2009: 269; s. auch Halm 2013: 20–21; 2015; Gesemann/Roth 2015: 106).⁴ Ausschlaggebend hierfür war die allmähliche politische Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland, denn diese führte zu einer aktiven Integrationspolitik, die durch das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz auch rechtlich verankert wurde. Seitdem ist die Sicht auf Migrantenorganisationen eher ressourcenorientiert. Daher rührt auch der politische Wunsch nach einem übergeordneten Verbändefeld, das in der Lage ist, das Engagement und die Expertise von Migrantenorganisationen übersichtlich zu strukturieren, einen Zugang hierzu zu schaffen und Politik und Verwaltung in Integrations- und Migrationsfragen zu unterstützen.⁵

1 Dieser Policy Brief wurde begleitet von Prof. Dr. Steffen Mau, Mitglied des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der wissenschaftliche Stab des SVR. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider. Die Autorin dankt Yvonne Mukashyaka für ihre Unterstützung bei der Recherche.

2 Die Definition des Begriffs „Migrantenorganisation“ findet sich in Info-Box 1.

3 Zur Definition des Begriffs „Migrantendachverband“ s. Kap. 2.

4 Auf der kommunalen Ebene und in einzelnen Bundesländern reicht diese ressourcenorientierte Sichtweise auf die Arbeit von Migrantenorganisationen schon deutlich länger zurück (s. Halm 2013: 21).

5 Um dem in Politik und Praxis wachsenden Interesse an einer Kooperation mit Migrantenorganisationen gerecht zu werden, ließ die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011 eine Broschüre mit Informationen über bundesweit und überregional tätige Migrantendachorganisationen erstellen (s. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011).

Doch trotz der zum Teil auch in Förderprogrammen erklärten Vision, Migrantenorganisationen durch den Ausbau ihrer Dachstrukturen auf Landes- und Bundesebene zu starken Bündnispartnern „der gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation weiterzuentwickeln“ (VAMOs 2022), ist bis heute nicht vollkommen klar, welche integrationspolitischen Rollen und Funktionen sie konkret übernehmen können, sollen und wollen; etwa im Vergleich zu allgemeinen sozialpolitischen Interessenorganisationen und insbesondere den Wohlfahrtsverbänden, die lange in der Zuständigkeit gesehen wurden, die Bedarfe und Interessen von Zugewanderten mitzudenken und nach außen sichtbar zu machen (Thränhardt 2009: 158-159).

Passen die wechselseitigen Erwartungen von Politik und Migrantendachverbänden zusammen? Welche Repräsentations- und Leistungslücken schließen Migrantendachverbände und inwiefern trägt ihre Stärkung tatsächlich zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei? Dass Unsicherheiten über die Fragen fortbestehen, hat auch damit zu tun, dass das Wissen über die Landschaft der Migrantendachverbände in Deutschland bisher lückenhaft ist.

Der vorliegende Policy Brief skizziert den bisherigen Wissensstand und den Forschungsbedarf zu Migrantendachverbänden in Deutschland. Dabei wird zunächst eruiert, was unter Migrantendachverbänden zu verstehen ist und wie sie sich in das übrige

Verbändefeld einordnen. Außerdem wird betrachtet, welche Faktoren ihre Beziehungen zum Staat in der deutschen Integrationspolitik beeinflussen und welche politischen Repräsentationsfunktionen sie erfüllen können. Der Policy Brief konzentriert sich auf Migrantendachverbände, die auf Bundesebene aktiv sind.⁶ Diese werden voraussichtlich auch im Mittelpunkt eines Forschungsprojekts des wissenschaftlichen Stabs des SVR stehen, für das dieses Papier Vorarbeit leistet.⁷

6 Damit ist gemeint, dass Migrantenorganisationen aus mehreren Bundesländern Mitglieder der jeweiligen Dachstruktur sind und dass dies für die nach außen gerichtete Interessenvertretung eine Rolle spielt, z. B. indem (auch) die Bundesebene adressiert wird.

7 Das geplante Forschungsprojekt zu Migrantendachverbänden auf Bundesebene und ihren Beziehungen zu staatlichen Akteurinnen und Akteuren soll eine systematische Bestandsaufnahme beinhalten. Diese wird als Basis für eine qualitative Interviewstudie dienen, die den Fokus voraussichtlich auf die intermediären Ambitionen und die konkrete Interessenvertretung verschiedener Migrantendachverbände legen wird. Über den politischen Blick auf die Verbändelandschaft und Migrantendachverbände liegt bereits einiges an Wissen vor (s. Kap. 3 und 3.1); allerdings fehlen bislang Erkenntnisse dazu, wie die Migrantendachverbände selbst ihre Rolle in Politik, Öffentlichkeit und im für sie relevanten Umfeld der Organisationen einordnen und mit welchen Spannungsfeldern sie sich möglicherweise konfrontiert sehen. Von Interesse ist z. B., welches Gewicht sie verschiedenen Formen der Interessenvertretung beimessen, wer ihre primären Adressaten sind (z. B. Politik, Öffentlichkeit, andere Interessengruppen) und wie sich ihre Strategien der Interessenvertretung möglicherweise im Zeitverlauf verändern.

Info-Box 1 Was ist eine Migrantenorganisation?

Die Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland ist sehr vielfältig und dynamisch (s. SVR-Forschungsbereich 2020). Aus diesem Grund fehlt es an einer einheitlichen Definition, die für alle zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Kontexte passt und der zugleich alle Migrantenorganisationen zustimmen können.

Im Rückgriff auf frühere Forschungen werden Migrantenorganisationen hier verstanden als:

- (1) gemeinnützige Organisationen,**
- (2) die mindestens zur Hälfte von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte getragen werden oder von ihnen gegründet wurden und**
- (3) für deren Selbstverständnis, Ziele und Aktivitäten eine Migrationserfahrung im weitesten Sinne zentral ist.**

Diese Definition deckt ein breites Spektrum möglicher inhaltlicher Schwerpunkte ab, beispielsweise Religion, Sport, Kultur oder Bildung. Um allerdings von einer Migrantenorganisation sprechen zu können, muss zudem ein starker Bezug zu einem gemeinsamen Herkunftsland, einer Herkunftsregion und/oder der migrationsbedingten Situation bzw. dem gesellschaftlichen Zusammenleben im Einwanderungsland gegeben sein (vgl. zu dieser Definition die ausführlichere Darstellung in SVR-Forschungsbereich 2019: 16–18).

Es gibt in Wissenschaft und Politik aber auch Definitionen, die informelle Gruppen einschließen (s. z. B. Weiss/Thränhardt 2005: 30) oder die auf das Kriterium einer schwerpunktmäßigen Beschäftigung mit „migrationsrelevanten Themen und Aufgaben“ (Pries 2010: 16) verzichten (s. z. B. Schimany/Schock 2010: 321). Konsens aber ist, dass es sich bei Migrantenorganisationen um Selbstorganisationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte handelt (Klie 2022: 3).

Definitionen, die sich allein an diesem Personenkreiskriterium orientieren, begreifen z. B. auch religiöse Gemeinden und Moscheevereine automatisch als Migrantenorganisationen, wenn sie von zugewanderten Menschen oder ihren Nachkommen gegründet wurden und die Mehrheit ihrer Mitglieder eine Zuwanderungsgeschichte hat. Nach der hier zugrunde gelegten Definition würden sie aber nur dann als Migrantenorganisation verstanden werden, wenn sie neben der Religionsausübung auch Gewicht auf gezielte Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund bzw. auf den Einsatz für ihre gleichberechtigte Teilhabe legen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2019: 16–18).



2 Alle unter einem Dach? Migrantenorganisationen im deutschen Verbändesystem

Unter Migrantendachverbänden werden meist kurz und knapp Zusammenschlüsse von Migrantenorganisationen verstanden, die als (politische) Interessenvertreter von Zugewanderten in Deutschland auftreten (s. z. B. Halm 2013: 2). Synonym ist auch von Einwandererverbänden bzw. Immigrantenverbänden die Rede, jedoch fehlen häufig ausformulierte Definitionen. Der pragmatische Definitionsansatz passt grundsätzlich zum Verständnis des vorliegenden Policy Briefs, reicht jedoch nicht aus, um das Organisationsfeld einzugrenzen und seine Besonderheiten zu beleuchten. Denn erstens ist nicht jeder Zusammenschluss von Organisationen automatisch ein Verband und zweitens bildet die Interessenvertretung zwar ein zentrales, aber kein exklusives Merkmal von Verbänden. Hier wird deshalb eine detailliertere Definition vorgeschlagen: **Migrantendachverbände sind selbstständige Zusammenschlüsse, mehrheitlich⁸ von Migrantenorganisationen** (Info-Box 1),

- (1) die auf Dauer angelegte, feste Organisationsstrukturen besitzen,
- (2) auch auf Verbandsebene (Funktionsträgerinnen und Funktionsträger) mehrheitlich von Menschen mit Migrationshintergrund getragen werden bzw. von ihnen gegründet worden sind,

- (3) deren Organisationskennzeichen (programmatische Grundsätze, Ziele und Aktivitäten) sich maßgeblich durch gemeinsame Interessen entlang des Merkmals Migrationshintergrund bzw. Zuwanderungsgeschichte erklären⁹ und
- (4) in denen Interessenrepräsentation¹⁰ nach außen (ohne Streben nach öffentlichen Wahlämtern) eine gewichtige Dauerfunktion ist.

Der erste Punkt, die Selbstständigkeit der Zusammenschlüsse, ist wichtig, um Migrantendachverbände von Abteilungen für spezifische Gruppen (z. B. Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Zugewanderte) innerhalb allgemeiner Organisationen abzugrenzen (wie sie in Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen oder Parteien teilweise etabliert sind) (von Alemann 2000).¹¹ Durch feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen¹² unterscheiden sich Migrantendachverbände von ad hoc gebildeten Aktionsbündnissen sowie losen Netzwerken und Plattformen, die mitunter Vorstufen einer späteren Verbandsgründung sind.

Die Punkte zwei und drei verweisen auf zentrale Gemeinsamkeiten: Die Rede von einem Migrantendachverband erscheint nur dann sinnvoll, wenn es sich um eine Selbstorganisation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte handelt und der Migrationshintergrund auch tatsächlich maßgeblich ist für „die Mobilisierung und Organisation relativ homogener Teilinteressen“ (von Winter/Willems 2000: 17).

-
- 8 Das Wort „mehrheitlich“ wird eingefügt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass auch Zusammenschlüsse, die vorrangig Migrantenorganisationen als Mitglieder gewinnen wollen, mitunter natürliche Personen z. B. als Fördermitglieder aufnehmen. Auch andere Organisationen, die selbst keine Migrantenorganisationen sind, die aber die Ziele des jeweiligen Migrantendachverbandes teilen, sind nicht zwingend von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen. Um von einer Selbstvertretung zu sprechen, gilt es auch in der Verbändeforschung nicht als erforderlich, dass 100 Prozent der Mitglieder und/oder Funktionsträgerinnen und -träger eines Verbands zugleich der Zielgruppe seiner (politischen) Interessenvertretung angehören. Wichtig ist nur, dass die jeweilige Zielgruppe der Interessenvertretung auf Verbands- bzw. Mitgliederebene nicht in die Minderheit gerät (von Winter/Willems 2000: 16).
 - 9 Das heißt, dass Ziele und Programmatik maßgeblich auf die Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet sind.
 - 10 Die Begriffe „Interessenvertretung“ und „Interessenrepräsentation“ werden im vorliegenden Papier synonym verwendet.
 - 11 Beispielsweise zählt das Fachgebiet Migration des Paritätischen NRW unter seinen Mitgliedern über 90 Migrantenorganisationen (Stand September 2022), s. <https://www.paritaet-nrw.org/themen/migration> (30.09.2022). Deshalb ist mitunter vom „Paritätische[n] als Dachverband der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten“ (Toker 2013) die Rede. Zwar ist es in der Tat wichtig, dass Migrantenorganisationen ihre Präsenz in allgemeinen Verbänden ausbauen (s. SVR-Forschungsbereich 2020: 84–85), aber beides gleichzusetzen verhilft nicht zu einem differenzierteren Verständnis – weder des Mehrwerts, noch der konkreten Herausforderungen der verbandsmäßigen Selbstorganisation von Zugewanderten.
 - 12 Gemeint ist hiermit das Vorliegen einer Rechtsform (in der Regel e. V.) sowie schriftlich fixierter Angaben zu Grundsätzen, Zielen, Gremien und Willensbildungsprozessen der jeweiligen Organisation (z. B. in einer Satzung).

Um von einem Verband (sei er migrantisch geprägt oder nicht) zu sprechen, muss es viertens (neben möglichen weiteren Funktionen) eine wichtige Daueraufgabe der jeweiligen Organisation sein, gemeinsame Interessen zu bündeln, um sie im politischen, gesellschaftlichen und öffentlichen Raum sichtbar zu machen und möglichst durchzusetzen (von Alemann 1996). Denn es würde den Verbände-begriff überstrapazieren, auch rein nach innen ausgerichtete Organisationsnetzwerke dem Verbändespektrum zuzurechnen, obwohl sie überhaupt nicht oder nur in Ausnahmefällen nach außen als Interessengruppe sichtbar sein wollen. Das bedeutet aber nicht, dass die Interessenvertretung in jedem Fall das Hauptaktionsfeld von Migrantendachverbänden sein muss.

2.1 Migrantendachverbände als Teilmenge migrantischer Interessenverbände

Migrantendachverbände im hier verstandenen Sinne bilden lediglich eine Teilmenge des insgesamt noch einmal breiteren Feldes migrantischer Interessenverbände in Deutschland. Denn Zugewanderte haben auch jenseits der Dachstrukturen von Migrantenorganisationen zahlreiche eigene Verbände gegründet, z. B. Berufs-, Branchen- und Unternehmerverbände (Hunger 2004: 11), die primär wirtschaftliche Interessen von Zugewanderten vertreten. Sie können Personenvereinigungen, Zusammenschlüsse von Organisationen oder Mischformen aus beidem sein.¹³

Die Dachverbände von Migrantenorganisationen, die hier als solche definiert werden, sind hingegen in der Regel dem breiten Spektrum der nichtwirtschaftlichen Interessenorganisationen zuzurechnen, ähnlich wie Wohlfahrts- bzw. Sozialverbände. Diese grobe Positionierung von Migrantendachverbänden im allgemeinen Verbändefeld ist auch insofern überzeugend,

als viele Migrantenorganisationen ihren Schwerpunkt auf den sozialen Bereich und soziale Dienstleistungen legen (s. SVR-Forschungsbereich 2020).

Da mit Migrantendachverbänden im vorliegenden Papier die Dachstrukturen von Migrantenorganisationen gemeint sind, hängt die Breite des Organisationsfeldes von der Frage ab, wie der Begriff Migrantenorganisation definiert wird (Info-Box 1). So lassen sich drei Organisationstypen abgrenzen, die nach dem hier zugrunde gelegten Verständnis nicht zu den Migrantendachverbänden gezählt werden, obwohl zum Teil enge funktionelle und personelle Bezüge zu den Migrantendachverbänden bestehen.

So werden hier islamische Verbände nicht als Migrantendachverband begriffen, wenn sie sich selbst in erster Linie als Religionsgemeinschaft verstehen und in ihrer Interessenvertretung ebenfalls primär darauf abzielen, die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu erhalten oder sich als Ansprechpartner für religiöse Fragen zu positionieren. Solche Verbände bilden nach der hier verwendeten Definition ein eigenes Organisationsfeld.

Ebenfalls nicht mit Migrantendachverbänden gleichzusetzen sind postmigrantische Interessengruppen wie das 2015 gegründete Netzwerk der neuen deutschen Organisationen (ndo).¹⁴ Die ndo wollen erklärtermaßen unabhängig vom Merkmal des Migrationshintergrundes Organisationen und Initiativen bündeln, „die unter ihren Mitgliedern, im Vorstand und der Geschäftsstelle mehrheitlich People of Color, Schwarze Menschen oder andere sind, die als fremd markiert oder nicht-deutsch wahrgenommen werden [...] [und] sich für eine inklusive Gesellschaft, gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit einsetzen“ (ndo 2022). Daher handelt es sich bei den ndo nicht primär um ein Netzwerk von Migrantenorganisationen, denn die Zusammensetzung der Mitglieder ist weit diverser.¹⁵

¹³ Ein Beispiel für einen wirtschaftlichen Migrantenverband jenseits des Feldes der Migrantenorganisationen ist etwa der VMW – Verband der Migrantenwirtschaft Ethnische Unternehmer, Ausländische Arbeitgeber e. V. (gegründet 2013), der sich als Interessenvertretung für Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbstständige, Gewerbetreibende sowie Fach- und Führungskräfte mit Migrationshintergrund in Deutschland versteht; weitere Informationen unter <https://www.vmwv.de/> (30.09.2022).

¹⁴ Für eine ausführlichere Darstellung der Einordnung postmigrantischer Organisationen s. SVR-Forschungsbereich 2020: 34–36.

¹⁵ Darunter sind z. B. auch der Bremer Rat für Integration e. V. (ein Integrationsrat), die im Auswärtigen Amt angesiedelte ehrenamtliche Interessenvertretung Diplomats of Color sowie diverse Podcasts, Onlineplattformen und Onlinemagazine.

Einen dritten Sonderfall bildet der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat e. V. (BZI) sowie dessen Landesorganisationen. Hierbei handelt es sich um Zusammenschlüsse der kommunalen Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte (s. SVR-Forschungsbereich 2019: 10, 19). Zwar sind diese lokalen Beiräte häufig zu einem gewichtigen Teil mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantendachverbänden besetzt, aber es handelt sich bei ihnen um Vertretungsgremien, die von den Kommunen eingesetzt werden.

Eine letzte Eingrenzung ergibt sich aus der Schwerpunktsetzung dieses Policy Briefs. Da hier eine Bestandsaufnahme der Rollen und Funktionen von Migrantendachverbänden in der deutschen Integrationspolitik angestrebt wird, liegt der Fokus auf solchen Migrantendachverbänden, denen es wesentlich um die Lebensbedingungen und die Teilhabe von Zugewanderten in Deutschland geht. Jene Migrantendachverbände, deren Arbeit sich schwerpunktmäßig auf die Herkunftsländer bezieht (sei es im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder Wiederaufbau), werden aus der Betrachtung ausgeklammert. Denn sie können zwar ebenfalls facettenreiche Beziehungen zur deutschen Politik unterhalten, aber diese dürften allenfalls am Rande die Integrationspolitik betreffen.

2.2 Eckdaten des Organisationsfeldes und Zugänge zu seiner Vielfalt

Eine aktuelle Übersicht zur Größe und Struktur des Feldes der Migrantendachverbände in Deutschland gibt es nicht. Fest steht aber, dass sie auf allen politischen Ebenen existieren. In der Verbändeforschung wird mitunter das Kriterium angelegt, dass ein Verband überörtliche Ziele verfolgen muss (s. z. B. von Alemann 1996). Da Migrantendachverbände aber auch auf kommunaler Ebene aktiv sind, lässt sich

dieses Kriterium nicht sinnvoll auf das Organisationsfeld der Migrantendachverbände übertragen. So gibt es etwa in mehreren Großstädten Dachverbandsstrukturen von Migrantendachverbänden, die trotz ihres kommunalen Profils keineswegs primär nach innen wirken, sondern die in erheblichem Maße auch danach streben, gemeinsame Interessen in der Kommunalpolitik, der Öffentlichkeit und/oder gegenüber anderen Organisationen – also nach außen – zu vertreten.¹⁶ Nichtsdestoweniger spielen auch bei der Vernetzung von Migrantendachverbänden überregionale bzw. landes- und bundesweit aktive Migrantendachverbände quantitativ eine etwas größere Rolle als kommunale Dachverbandsstrukturen (SVR-Forschungsbereich 2020: 54).

Zwar ist nicht jede Migrantendachverband Mitglied in einem Verband, aber insgesamt ist der Organisationsgrad von Migrantendachverbänden in Deutschland relativ hoch. Von den Migrantendachverbänden wird dabei die Mitgliedschaft in einem Migrantendachverband präferiert: Laut einer Befragung aus dem Jahr 2020 sind knapp zwei Drittel (64,0 %) der Migrantendachverbände nach eigenen Angaben mindestens in einem Verband Mitglied. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um einen Migrantendachverband (50,1 %). Außerdem spielen, rein quantitativ betrachtet, auch die Wohlfahrtsverbände eine relevante Rolle für ihre verbandsmäßige Organisation (SVR-Forschungsbereich 2020: 54). Besonders hoch ist der Organisationsgrad offenbar bei den Migrantendachverbänden, die aus integrationspolitischer Sicht besonders interessant sind, also jenen mit Fokus auf Antidiskriminierungsarbeit, sozialer Arbeit sowie Angeboten für Geflüchtete (SVR-Forschungsbereich 2020: 55).

Wie viele Migrantendachverbände aktuell auf Bundesebene existieren, ist nicht bekannt. 2011 veröffentlichte die Beauftragte der Bundesregierung

¹⁶ Beispiele hierfür sind etwa der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e. V. (VMDO) oder das Netzwerk Münchener Migrantendachverbände MORGEN e. V. (für weitere Beispiele s. auch BV NeMO 2018).

für Migration, Flüchtlinge und Integration eine Broschüre, die Kurzprofile von 32 regionalen und überregionalen Migrantendachorganisationen mit Tätigkeitsschwerpunkten im Bereich Integration enthält, darunter 14 Bundesverbände (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011). Bei einer im Mai 2022 für diesen Policy Brief durchgeführten Onlinerecherche konnten allein auf Bundesebene vorläufig über 30 Dachstrukturen von Migrantenorganisationen identifiziert werden, die den hier zugrunde gelegten Definitionskriterien zu entsprechen scheinen (Tab. 2 im Anhang). Allerdings reicht der Blick auf deklaratorische Dokumente wie Selbstdarstellungen und Satzungen nicht aus, um das tatsächliche Profil einer Organisation zu beurteilen. Deutlich wird aber, dass sich das Feld seit 2011 dynamisch entwickelt hat.

Am Anfang steht die Wahrnehmung, dass etwas fehlt
Ob Zugewanderte eigene Vereine und Verbände gründen oder nicht und wie sich diese fortentwickeln, hängt von zahlreichen strukturellen und situativen Einflussgrößen ab. Verallgemeinerungen, die über konkrete Interessen, Migrationsbewegungen und Herkunftsgruppen hinausgehen, sind daher kaum möglich (s. Halm 2013: 14–20). Eine grundlegende Frage ist aber, ob es Alternativen zur Mobilisierung einer Selbstvertretung gibt. Ein Beispiel aus dem hier nicht weiter erörterten Feld der religiösen Vereine kann dies illustrieren: Zugewanderte muslimischen Glaubens, die im Zuge der Anwerbeabkommen insbesondere aus der Türkei, Marokko oder Tunesien nach Deutschland kamen, fanden hierzulande schlichtweg keine bestehenden Organisationen vor, die ihre religiösen Bedarfe und Interessen abdeckten, sodass sie nur die Option hatten, eigene Moscheevereine zu gründen (Thränhardt 2009: 159). Als sich herauskristallisierte, dass ein Teil des Be-

darfs (wie die Organisation und Durchführung von Pilgerreisen) nicht allein auf lokaler Ebene umgesetzt werden konnte, gewannen auch überregionale und schließlich bundesweite Zusammenschlüsse an Bedeutung. Die Moscheevereine organisierten sich in koordinierenden und teils auch interessenvertretenden Dachverbänden.

Umgekehrt wurden die erwerbsbezogenen Interessen von Zugewanderten in der Anwerbephase recht zuverlässig von den bestehenden Gewerkschaften mitvertreten. Denn die meisten der in den 1950er und 1960er Jahren aus dem Ausland nach Westdeutschland angeworbenen Arbeitskräfte wurden in der Industrie und im Bergbau eingesetzt, in Sektoren also mit traditionell hohem Organisationsgrad, deren Gewerkschaften sich von Anfang an um die Einbindung der angeworbenen Arbeitskräfte bemühten (Thränhardt 2009: 156–157; 2010: 517). Dies wird als Grund dafür gesehen, dass Zugewanderte erst dann vermehrt auch eigene Berufs- und Branchenverbände gründeten, als sich nach dem Anwerbestopp ihre Tätigkeitsbereiche und beruflichen Stellungen immer weiter ausdifferenzierten (Hunger 2004: 11). Denn nun gab es offenbar zunehmend erwerbsbezogene Interessen und Fragen, die nicht mehr zuverlässig von allgemeinen wirtschaftlichen Interessenorganisationen adressiert wurden, z. B. Herausforderungen von Zugewanderten bei der Existenzgründung. **Die Gründung eigener Interessenverbände durch Zugewanderte wirkt damit zugleich die Frage auf: Wovon hängt es ab, ob es bereits bestehenden allgemeinen Interessenverbänden der Aufnahmegeellschaft gelingt, sich für konkrete Interessen und die gleichberechtigte institutionelle Einbeziehung von Zugewanderten zu öffnen?**¹⁷

Die ersten Migrantenorganisationen, die sich später zum Teil zu Migrantendachverbänden im hier verstandenen Sinne zusammenschlossen, entstanden

¹⁷ Die Ergebnisse des 2018 bis 2021 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten wissenschaftlichen Verbundprojekts „Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Herausforderungen von Migration und Diversität“ (ZOMiDi) sprechen dafür, dass es sogar differenzaffinen zivilgesellschaftlichen Verbänden, die selbst Interessen von potenziell benachteiligten Gruppen vertreten, bisher schwerfällt, auch Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufzugreifen und mitzuvertreten; untersucht wurden u. a. die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V. und die Deutsche Aidshilfe e. V. (s. von Unger et al. 2022). Für weitere Informationen zum ZOMiDi-Projekt s. <http://zomidi.de/> (30.09.2022).

in West- und Ostdeutschland (wenngleich unter sehr verschiedenen Vorzeichen) vor allem, um das weite Feld sozialer Bedarfe und Interessen von Zugewanderten zu adressieren, die nur unvollständig von den allgemeinen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden inkorporiert werden konnten (s. dazu ausführlich SVR-Forschungsbereich 2019: 7–12). Deshalb gibt es auch heute noch vielfältige Überschneidungen zwischen Migrantendachverbänden und Sozial-, Wohlfahrts- und zum Teil Bürgerrechtsverbänden, die inhaltliche Ziele und praktische Leistungen betreffen. **Beim Blick auf Migrantendachverbände drängt sich deshalb die Frage auf, wie genau sich ihre praktischen Angebote und Repräsentationsanliegen zu denen ihrer nichtmigrantischen Pendanten verhalten; z. B. welche konkreten Lücken sie schließen, die andere Sozial-, Wohlfahrts- oder Bürgerrechtsverbände lassen oder inwiefern von ihrem Engagement Öffnungsimpulse in Richtung allgemeiner Interessenorganisationen ausgehen.**

Herkunft bleibt relevant, ermöglicht allein aber keine Typologie

Die Kernthemen von Migrantendachverbänden sind breit gefächert, denn einige verstehen sich in erster Linie als bildungspolitische Akteure (z. B. die Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e. V., kurz: FÖTED, oder der Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.), andere rücken gleichstellungspolitische Fragen und frauenspezifische Herausforderungen der Migration in den Mittelpunkt (z. B. der Dachverband der Migrantinnenorganisationen e. V., kurz: DaMigra) und wieder andere setzen sich für eine diversitätssensible Öffnung der Wohlfahrtspflege ein (z. B. der Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity e. V., kurz VIW). Das führt zu der Frage, wie sich die Vielfalt der Migrantendachverbände übersichtlich ordnen lässt.

Beim Blick auf Migrantenorganisationen wurden dafür lange Unterscheidungen nach Herkunftsland herangezogen, was zur Beschreibung des Feldes bis heute relevant geblieben ist. Eine tragfähige Typologie ergibt sich daraus jedoch nicht, u. a. weil Gegenüberstellungen wie „herkunftsheterogen vs. herkunftshomogen“ oder „aufnahmeländorientiert vs.

herkunftslandorientiert“ nicht trennscharf sind. Dies zeigt sich auch bei der Übertragung solcher Modelle auf die Verbandsebene (s. dazu auch Blätte 2014: 95–96). So gibt es beispielsweise zahlreiche Migrantendachverbände, deren Vernetzung sich durchaus aus den Gemeinsamkeiten der Herkunftsregion erklärt, ohne dass von Herkunftshomogenität im nationalstaatlichen Sinne die Rede sein könnte, z. B. das 2013 gegründete Bundesnetzwerk The African Network of Germany e. V. (TANG) oder der 2010 gegründete Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V. (BVRE).

Vor allem aber lässt die Unterscheidung zwischen herkunftshomogenen und -heterogenen Migrantendachverbänden keine Rückschlüsse darauf zu, was eine Organisation konkret tut oder welche Gruppen sie adressiert. Ein Herkunftslandbezug etwa im Namen erklärt sich gerade in Westdeutschland häufig historisch (s. SVR-Forschungsbereich 2019: 8–9). Auch Migrantendachverbände, die gezielt Organisationen mit einem konkreten Herkunftslandbezug vernetzen, können ihre Interessenvertretung auf gleichberechtigte Teilhabe in Deutschland ausrichten und mit ihren praktischen Angeboten Menschen mit verschiedenen Migrationshintergründen wie auch Menschen ohne Migrationshintergrund adressieren. Ein Beispiel hierfür ist der 1995 gegründete Bundesverband Türkische Gemeinde Deutschland e. V. (TGD).

Daraus zu schließen, dass Herkunft unter Migrantendachverbänden überhaupt keine Rolle (mehr) spielt, wäre ebenfalls nicht richtig. Konkrete Herkunftslandbezüge bleiben relevant, auch um aktuelle Entwicklungen im Organisationsfeld zu verstehen. Zwar sind herkunfts- und kulturübergreifend aufgestellte Migrantendachverbände seit den 2000er Jahren auf allen politischen Ebenen zahlreicher geworden. In den neuen Bundesländern begann die Herausbildung von Migrantenorganisationen und ihrer Dachstrukturen sogar mit ihnen (SVR-Forschungsbereich 2019: 10–12). Aber der Blick auf die Gründungsdaten der für diesen Policy Brief recherchierten Grundgesamtheit von gut 30 auf Bundesebene aktiven Dachstrukturen zeigt: Auch in jüngerer und jüngster Zeit haben sich weiterhin Zusammenschlüsse entlang einzelner Herkunftslandbezüge konstituiert, etwa der Dachverband der ukrai-

nischen Organisationen in Deutschland e. V. (gegründet 2012), der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V. (VDSH) (gegründet 2013) oder der Verband afghanischer Organisationen in Deutschland (VAFO) (gegründet 2020).¹⁸

Für gehaltvolle Unterscheidungen braucht es klassische Kategorien der Verbändeforschung

Eine Typologie, die losgelöst von konkreten Fragestellungen aussagekräftig wäre, kann es für das Organisationsfeld der Migrantendachverbände ebenso wenig geben wie für die übrige Verbändelandschaft. Allgemeine Kategorien der Verbändeforschung erweisen sich aber als vielversprechend für eine erste Annäherung an gehaltvolle Unterscheidungen zwischen verschiedenen Migrantendachverbänden. Dies gilt insbesondere für die Differenzierung nach Art des gemeinsamen Interesses, das die Mobilisierung begründet (s. Blätte 2014: 96) und der gewählten Gliederungsform. Mobilisierungsprinzipien und Gliederungsformen treten in verschiedenen Kombinationen auf.¹⁹

Zum einen gibt es Dachverbandsstrukturen, die sich hauptsächlich an der administrativen Gliederung des politischen Systems ausrichten. Das heißt, sie stehen weitgehend unabhängig von den jeweiligen Aktivitätsschwerpunkten allen Migrantenorganisationen offen, die z. B. in einer bestimmten Kommune, einem Bundesland oder einer weiter gefassten Region ansässig sind – wie im Falle des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst). **Primär regional gegliederte Migrantendachverbände haben häufig eine vergleichsweise große und (auch in ihren Interessen) heterogen zusammengesetzte Mitgliederbasis. Das birgt unter Umständen Herausforderungen, wenn es darum geht, allgemeine integrationspolitische Positionen in**

spezifische gemeinsame Forderungen zu überführen (Straßner 2006: 11). Gleichzeitig können regional gegliederte Migrantendachverbände das Engagement von Migrantenorganisationen in der Breite sichtbar machen und haben möglicherweise auch ein besonders differenziertes Bild von konkreten Bedarfen und Herausforderungen verschiedener Migrantenorganisationen in der jeweiligen Region.

Zum anderen gibt es auf allen politischen Ebenen (Kommune, Land und Bund) Migrantendachverbände, deren Vernetzung auf einem oder auf mehreren der folgenden Mobilisierungsprinzipien beruht:

- (1) fachliche Spezialisierung (z. B. Bildung, Erziehung, Gesundheit),
- (2) Ausrichtung des Engagements auf eine bestimmte soziodemografische Teilgruppe mit Migrationshintergrund (z. B. definiert nach Alter, Geschlecht, rechtlichem Status),
- (3) gemeinsamer Herkunfts-, Kultur- oder Sprachraum und
- (4) gemeinsame religiöse Prägung.

Dass sich häufig mehrere dieser Mobilisierungsprinzipien überlappen, ist keine Besonderheit des Feldes der Migrantendachverbände. Vielmehr spiegelt sich darin die auch in der übrigen Verbändelandschaft fortschreitende Ausdifferenzierung und Spezifizierung verbandlicher Interessenorganisation wider (vgl. Willems/von Winter 2007: 26–27). Ein Beispiel für die (eher den Regelfall als die Ausnahme darstellende) Verknüpfung mehrerer dieser Mobilisierungsprinzipien ist FÖTED, ein bildungspolitischer Fachverband mit einem konkreten Herkunftslandbezug.

Spezifizierungen entlang der Herkunft oder eines fachlichen Schwerpunktes verkleinern auf der einen Seite zwar den Kreis der möglichen Mitgliedsorganisationen. Auf der anderen Seite entstehen durch die

¹⁸ Die letzten beiden Beispiele lenken den Blick darauf, dass ein Teil dieser Neugründungen im Zusammenhang mit der vermehrten Fluchtzuwanderung der vergangenen Jahre zu sehen ist. Im Zuge dessen wurden neue Migrantenorganisationen und -dachverbände gegründet, und zwar sowohl von Personen mit eigenem Fluchthintergrund aus den Hauptherkunftsländern der jüngeren Fluchtmigration als auch von bereits lange in Deutschland lebenden oder hier geborenen Menschen mit Migrationshintergrund aus diesen Ländern (SVR-Forschungsbereich 2020: 29; Popp 2022). Häufig verknüpfen diese Migrantenorganisationen Aktivitäten, die klassischerweise mit Diaspora-Organisationen assoziiert werden (z. B. Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe, Wiederaufbau), mit der politischen Interessenvertretung in Deutschland, dem Auf- und Ausbau von Ankommensstrukturen für Geflüchtete, Integrationsarbeit und Engagement in der politischen Bildung.

¹⁹ Auf dieser Basis können ggf. weitere typologische Unterscheidungen vorgenommen werden, z. B. bezüglich der Größe und Reichweite, dem Mitgliedschaftsmodell, Formen der Ressourcenallokation oder intermediären Potenzialen und Ambitionen.

größere Homogenität der Mitglieder möglicherweise Vorteile, wenn es darum geht, solchen Interessen zu mehr politischer Sichtbarkeit zu verhelfen, die über Migrantenorganisationen hinausweisen, beispielsweise für spezifische Statusgruppen wie Geflüchtete, für Themen, die an einen bestimmten Herkunftskontext gebunden sind oder für bestimmte soziodemografische Teilgruppen mit Migrationshintergrund.²⁰

²⁰ Systematische Untersuchungen dazu, welche Themen, Ziele und Interessen Migrantendachverbände insgesamt besonders häufig, eher selten oder gar nicht nach außen tragen, fehlen weitgehend. Das noch bis Ende 2022 von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen durchgeführte Projekt „Verbandliche Interessenvertretung und Kooperationspotenzial auf dem migrantischen Organisationsfeld in NRW“ könnte hierzu wertvolle Einsichten liefern. Im Rahmen des Projekts entsteht derzeit ferner eine Übersicht der verbandlichen Strukturen von Migrantenorganisationen in Nordrhein-Westfalen. Weitere Informationen sind abrufbar unter <https://www.zfti.de/projekte> (30.09.2022).

3 Was wissen wir über die Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden in der Integrationspolitik?

Es fehlen aktuelle empirische Studien darüber, wie sich die Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden auf dem Gebiet der Integrationspolitik gestalten. Bis heute gilt daher die breit angelegte Studie von Blätte über „Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik“ (Blätte 2014) als zentrale Referenz zu diesem Thema, obwohl ihr Untersuchungszeitraum (1998–2006) bereits relativ lange zurückliegt.

Nach Blätte gibt es keine Hinweise darauf, dass Politik und Verwaltung an Migrantendachverbände grundsätzlich andere Maßstäbe anlegen als an die übrige Verbändelandschaft, wenn es darum geht, den Wert eines Austausches, einer Förderung oder einer praktischen Kooperation zu beurteilen. Seine empirische Studie bestätigt, dass die Beziehung der Politik zu den Migrantenorganisationen und ihren Dachverbänden eine ressourcenorientierte Wende durchlaufen hat. Zu ähnlichen Einschätzungen kommen auch andere Publikationen (z. B. Halm 2013: 20–21; 2015; Gesemann/Roth 2015: 106). Im Zentrum der staatlichen Haltung zu Verbänden im Allgemeinen und Migrantendachverbänden steht demnach grundsätzlich die Frage, welche Potenziale ein bestimmter Verband vor dem Hintergrund konkreter Ziele oder Handlungserfordernisse anbieten kann, um die Formulierung oder Umsetzung von Politik zu unterstützen (Blätte 2014: 247). Zur Beurteilung solcher Verbandsressourcen können z. B. die Reichweite und Verpflichtungsfähigkeit eines Verbands wichtig sein, aber auch die Frage, ob er über privilegiertes Wissen und eine besondere Expertise verfügt, die für die Abwägung politischer Handlungsoptionen wichtig sind (s. Voelzkow 2007: 153–154; Willems/von Winter 2007: 13; von Winter/Willems 2009: 18).

Die folgende Zusammenfassung des Wissensstandes über Maßstäbe und Einflussgrößen der Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden muss daher nicht von völlig anderen Prämissen ausgehen, sondern kann direkt zu folgenden Fragen übergehen: Was wissen wir über die Multifunktionalität bzw. die Leistungsprofile von Migrantendachverbänden sowie darüber, welche Verbändefunktionen Politik und Verwaltung bisher von ihnen stark, selten oder gar nicht nachfragen (s. Kap. 3.1)?

lität bzw. die Leistungsprofile von Migrantendachverbänden sowie darüber, welche Verbändefunktionen Politik und Verwaltung bisher von ihnen stark, selten oder gar nicht nachfragen (s. Kap. 3.1)?

Dass die Politik Migrantendachverbände als integrationspolitische Akteure erkannt hat, garantiert nicht per se, dass sie die gleichen politischen Zugangschancen wie andere Verbände haben oder wie etwa vorhandene Zugangsbarrieren einzuordnen sind. So ist nicht geklärt, ob Migrantendachverbände im politischen Raum vorrangig auf dieselben Zugangsbarrieren wie andere Interessenverbände treffen, beispielsweise weil ein Verband (sei er migrantisch oder nicht) noch relativ neu und unbekannt ist und er eine dünne personelle wie finanzielle Ressourcenbasis hat. Solche Punkte können zu Nachteilen führen, wenn er beim Streben nach politischem Einbezug mit bereits länger etablierten Verbänden konkurriert. Möglich wäre auch, dass für Migrantendachverbände weitere Hürden bestehen, die damit zusammenhängen, welches Bild staatliche Akteurinnen und Akteure von Migrantendachverbänden haben. Der Wissensstand zur Auseinandersetzung mit den Repräsentationsansprüchen von Migrantendachverbänden deutet darauf hin, dass sich der politische Blick auf sie in Teilen weiterhin von dem auf andere Verbände unterscheiden könnte (s. Kap. 3.3).

3.1 Ambition und Nachfrage: Leistungsprofile von Migrantendachverbänden und Maßstäbe ihres integrationspolitischen Einbezugs

Wenn in der deutschen Medienöffentlichkeit über Verbände diskutiert wird, geht es häufig um die Schattenseiten des Lobbyismus oder das Risiko, dass die Demokratie durch die (heimliche) Macht ressourcenstarker Industrie- und Wirtschaftsverbände ausgehöhlt werden könnte (Willems/von Winter 2007: 15; von Alemann/Eckert 2006). Grundsätzlich interessiert sich der Staat aber deshalb für Verbände, weil sie in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche Interessenvielfalt repräsentieren sollen und so zur demokratischen Willensbildung beitragen. Außerdem ist das potenzielle Funktionsspektrum von Verbänden breit gefächert (Tab. 1).

Tab. 1 Spektrum potenzieller Funktionen und Leistungen von Verbänden im demokratischen Staat

Verbandsfunktion	Beispiele realisierender Verfahren, Handlungen und Angebote	idealerweise resultierende staatsentlastende Wirkungen
Interessenvertretung	Interessenaggregation Interessenselektion Interessenartikulation	Kondensation gesellschaftlicher Interessenvielfalt auf ein politisch handhabbares Niveau Bereitstellung relevanter Informationen/ Expertise zur Politikformulierung
politische Sozialisation/Bildung	Interpretation, Erläuterung und Einordnung politischer Vorgänge, Prozesse oder Entscheidungen Beteiligung an politischer Wissensvermittlung zu konkreten Themen (im Verbandsinteresse)	Stärkung von Identifikation mit/ Loyalität gegenüber dem politischen System Beiträge zur Legitimation demokratischer Verfahren durch Herstellung von Transparenz und kritische Begleitung politischer Inhalte, Spielregeln und Ergebnisse Beiträge zur politischen Urteilskraft und Stärkung des Interesses an Politik und politischer Partizipation
politische Teilhabe	individuell: Möglichkeit, sich jenseits des Wahlaktes in die politische Willensbildung einzubringen, z. B. Mitwirkung an verbandsinterner Willensbildung, Übernahme von Funktionen und Aufstieg in der Verbandshierarchie auf Verbandsebene: z. B. in politischen Gremien oder bei Anhörungen	bezogen auf das Individuum: Stärkung von Identifikation mit/ Loyalität gegenüber dem politischen System bezogen auf die Politikbeteiligung des Verbändewesens: Integration oppositioneller Interessen(organisationen) in gemeinsame Verfahren
Dienstleistungen für Mitglieder, Dritte und Staat	Unterstützung der Umsetzung von Politik durch Verpflichtung oder Befähigung der Mitglieder zur Umsetzung politischer Entscheidungen Übernahme staatlicher Aufgaben in Eigenregie, z. B. Trägerschaft sozialer Dienste und Einrichtungen, Sozialpartnerschaft	Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen durch das Delegieren staatlicher Aufgaben Stärkung der Funktions- und Steuerungsfähigkeit des Gemeinwesens

Quelle: Straßner 2006; 2010; Voelzkow 2007; Willems/von Winter 2007; Zimmer/Paulsen 2010; Synthese: wissenschaftlicher Stab des SVR

Interessenrepräsentation gilt in der Verbändeforschung als eine grundlegende Aufgabe von Verbänden (Straßner 2006: 11). Aus staatlicher Sicht erbringen Verbände hierdurch Filterfunktionen und Übersetzungsleistungen, welche die gesellschaftliche Interessenvielfalt erst politisch handhabbar machen (Straßner 2006: 11–12). Daneben beteiligen sich Verbände häufig an der Umsetzung politischer Entscheidungen, erbringen Dienstleistungen für ihre Mitglieder und/oder eine weiter gefasste Klientel und übernehmen dabei mitunter staatliche Aufgaben in Eigenregie. Und schließlich prägen sie als Strukturen der politischen Teilhabe und als Akteure der politischen Bildung die demokratische Kultur des Gemeinwesens (Willems/von Winter 2007: 13).

Die Funktionsprofile von Verbänden allgemein differieren je nach ihren konkreten Anliegen und Möglichkeiten. Außerdem unterscheidet sich die politische Nachfrage nach konkreten Verbändeleistungen z. B. je nach gesellschaftlichem Handlungsfeld (s. von Winter/Willems 2009: 9–29). **Auch die Funktionsprofile von Migrantendachverbänden sind sehr unterschiedlich. Bislang gibt es aber nur bruchstückhaftes Wissen darüber, wie ihre Repräsentations- und Leistungsprofile ausgestaltet sind und wie sie sich weiterentwickeln, etwa in Abhängigkeit von der Art der organisierten Interessen, Gliederungsformen und anderen internen wie externen Variablen.** In diesem Zusammenhang wird auch über den Einfluss der staatlichen Förderpolitik auf die Leistungsprofile von Migrantendachverbänden diskutiert (Info-Box 2).

Grundsätzlich erweisen sich Migrantendachverbände (analog zur übrigen Verbändelandschaft) als multifunktional. Das heißt, sie leisten deutlich mehr als Interessenvertretung nach außen. Das ist auch erforderlich, gerade um (zahlungswillige) Mitglieder zu werben. Eine Verbandsmitgliedschaft ist schließ-

lich besonders attraktiv, wenn der Verband die gemeinsamen Interessen nicht nur nach außen vertritt, sondern sie zumindest in Teilen auch selbst realisiert.

Migrantenorganisationen, die Mitglied in einem Migrantendachverband sind, erklären besonders häufig, dass sie hierdurch Zugänge zu relevanten Informationen erhalten und bei ihrer Vernetzung (innerhalb wie außerhalb des Organisationsfeldes der Migrantenorganisationen) unterstützt werden (SVR-Forschungsbereich 2020: 55–56). Daneben bieten Migrantendachverbände für ihre Mitglieder häufig Qualifizierungs- und Beratungsangebote an, unterstützen sie bei Förderanträgen oder treten mitunter auch selbst als finanzieller oder ideeller Förderer auf (SVR-Forschungsbereich 2020: 56–58).

Einige Erkenntnisse gibt es daneben auch zu sozialen Dienstleistungen: Sie sind nicht nur bei den Migrantenorganisationen, sondern häufig auch auf der Dachverbandsebene angesiedelt, und zwar sowohl bei säkularen Zusammenschlüssen von Migrantenorganisationen²¹ mit Fokus auf Wohlfahrtspflege als auch bei den in der Deutschen Islam Konferenz (DIK) vertretenen muslimischen Dachverbänden und alevitischen Organisationen (s. Halm/Sauer 2015; Halm et al. 2020: 112). In beiden Gruppen tendieren vor allem größere und differenziertere Verbände dazu, eigene soziale Dienstleistungen anzubieten, und zwar unabhängig von ihrer konkreten Finanzierungsform (Halm et al. 2020: 121). Betrachtet man die sozialen Dienstleistungen der Migrantendachverbände, werden die Erwartungen der Politik bestätigt, dass Migrantenorganisationen für die zielgruppenspezifische Versorgung und Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund besonders geeignet sind, z. B. wegen ihrer Sprachkenntnisse und einer hohen interkulturellen Sensibilität (Halm et al. 2020: 121).

21 Hier wird allgemeiner von Zusammenschlüssen von Migrantenorganisationen gesprochen, weil unklar ist, ob sich dieser Befund auf Migrantendachverbände im Sinne der Definition dieses Policy Briefs bezieht oder ob damit auch primär nach innen gerichtete Verbände ohne Ambitionen zur Interessenvertretung gemeint sind. Das zentrale Definitionskriterium für einen Verband war in der zitierten Studie das Vorhandensein institutioneller Mitglieder (Halm et al. 2020: 112).



Info-Box 2 Der Einfluss von Förderstrukturen auf Migrantendachverbände

Migrantendachverbände verfügen wie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen in der Regel über sehr begrenzte materielle Ressourcen, weswegen ihre Ökonomie maßgeblich auf der Einwerbung externer (Förder-)Mittel beruht (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020: 58). Das führt zu der Frage, inwiefern der Staat, z. B. durch gezielte Förderprogramme, über die Unterstützung der Professionalisierung und des Strukturaufbaus hinaus, die inhaltliche Ausrichtung und Entwicklung konkreter Handlungsfelder von Migrantendachverbänden aktiv beeinflusst.

Einerseits sind eher ressourcenschwache säkulare Migrantendachverbände vermutlich etwas empfänglicher für Formungs- und Steuerungsversuche ihrer Sponsorinnen bzw. Sponsoren als ressourcenstarke islamische Großverbände, wie Blätte hervorhebt (Blätte 2011). Daher ist durchaus davon auszugehen, dass die inhaltlichen Prioritäten von Förderrichtlinien den Ausbau der im Grundstein angelegten Tätigkeitsschwerpunkte beeinflussen, und zwar besonders dann, wenn sie grundsätzlich zu den Themen und Aufgaben passen, deren Relevanz auch die Mitgliedsvereine bereits in innerverbandlichen Bottom-up-Prozessen hervorgehoben hatten.

Andererseits ist es aber nicht wahrscheinlich, dass der Einfluss der staatlichen Förderpolitik bzw. externer Sponsorinnen und Sponsoren im Allge-

meinen so weit gehen könnte, dass die Migrantendachverbände von ihren Zielen Abstand nehmen oder sie grundlegend umdefinieren würden, denn Geldgeber und geförderte Organisationen finden in der Regel erst aufgrund von Zielaffinitäten zueinander (von Winter/Willems 2000: 22). Hinzu kommt, dass sich die Förderlandschaft für Migrantendachverbände in den letzten Jahren nicht nur vergrößert, sondern auch ausdifferenziert hat. Migrantendachverbände haben also auch etwas mehr Auswahl bei der Suche nach passenden Fördertöpfen.

Neben der öffentlichen Förderung spielen auch Stiftungen mittlerweile eine größere Rolle (SVR-Forschungsbereich 2020: 71, 73). Ferner hat die Unterstützung durch die supranationale Ebene im dritten Sektor insgesamt an Bedeutung gewonnen; so erklärten beispielsweise 12,7 Prozent (n = 764) der Migrantenorganisationen, die sich an einer 2020 vom SVR-Forschungsbereich durchgeführten Onlinebefragung beteiligten, im Jahr 2019 Förderung von der EU erhalten zu haben (SVR-Forschungsbereich 2020: 71).²² Zuwendungen durch Unternehmen spielten demgegenüber 2019 mit 11,6 Prozent noch eine etwas geringere Rolle. Einige Migrantendachverbände erwägen aber durchaus, künftig auch dadurch neue Geldquellen zu erschließen, dass sie bei konkretem Unterstützungsbedarf gezielt auf Unternehmen zugehen.

22 Auch einzelne Herkunftsländer haben aus unterschiedlichen Gründen die Entstehung und Ausrichtung von herkunftshomogenen Migrantenorganisationen in Deutschland gefördert (s. Hunger 2004: 7; SVR-Forschungsbereich 2019: 8). Vermutlich spielt diese Geldquelle aber keine große Rolle für Migrantendachverbände, so wie sie in diesem Papier definiert werden. Zumindest dürften einzelne Herkunftsländer kein besonderes Interesse daran haben, solche Migrantendachverbände zu finanzieren, die Migrantenorganisationen mit ganz unterschiedlichen Herkunftslandbezügen vereinen und deren Interessenvertretung vorrangig auf die Stärkung von Teilhabe in Deutschland ausgerichtet ist. Trotzdem kann es natürlich sein, dass einzelne Migrantendachverbände, die nur Organisationen eines bestimmten Herkunftslandes vereinen, mitunter auch finanzielle Förderung aus einem Herkunftsland erhalten.

Dies korrespondiert mit dem wachsenden Interesse öffentlicher Stellen, bei der praktischen Integrationsarbeit mit Migrantenorganisationen und ihren Verbänden zu kooperieren. Dafür sollen u. a. die wohlfahrtspflegerischen Angebote von Migrantenorganisationen und ihren Dachverbänden professionalisiert werden, beispielsweise durch eine bessere Einbindung in Strukturen der Regelförderung. Der Lenkungsausschuss der DIK hat daher vor einiger Zeit das Ziel der „Etablierung islamischer freigemeinnütziger Wohlfahrtspflege“ (DIK-Lenkungsausschuss 2015: 2) formuliert, das langfristig dadurch verwirklicht werden soll, einen oder mehrere islamische Wohlfahrtsverbände zu gründen.²³

Zudem ist das politische Interesse groß, Migrantendachverbände als Multiplikatoren zu gewinnen, die relevante Informationen zielgruppenspezifisch und effizient verbreiten können, aber auch politisches Handeln und Entscheidungen erklären helfen. Dies hat sich etwa während der Corona-Pandemie gezeigt, als Bund, Länder, Ämter und Behörden Migrantendachverbände und -organisationen baten, Informationen beispielsweise über die je aktuellen Infektionsschutzmaßnahmen zu übersetzen und weiterzugeben (Krimmer et al. 2020: 25; Bundesregierung 2021: 29). Darüber hinaus wurden Migrantenorganisationen in dieser Hinsicht auch eigeninitiativ tätig.²⁴

Während es zahlreiche Beispiele gibt, die belegen, dass ein großes politisches Interesse daran besteht, Migrantendachverbände gezielt an der

Vermittlung und Implementierung von Integrationspolitik zu beteiligen, zeichnet sich bei der wissenschaftlichen Beurteilung ihrer Einbindung in die Formulierung von Integrationspolitik bisher kein klares Bild ab. Die Überlegungen hierzu arbeiten sich häufig an der Einordnung bundespolitischer Konsultationsgremien ab. Einerseits gilt das Jahr 2006 als Zäsur der Beziehungen zwischen Staat und Migrantenorganisationen, da mit dem Nationalen Integrationsgipfel und der DIK gleich zwei bundespolitische Konsultationsgremien installiert wurden, die erstmals auch auf eine breitere Einbindung von Migrantenorganisationen, -dachverbänden und islamischen Großverbänden setzten. Andererseits wurden Integrationsgipfel und DIK vielfach unter Verweis auf ihre geringe Entscheidungsrelevanz, den Mangel an konkreten Ergebnissen und wegen fehlender Mitsprachemöglichkeiten bei der Themensetzung kritisiert (Kortmann/Klein/Rohwerder 2011: 4) oder gar als Beispiele eines inszenierten Korporatismus bezeichnet (Thranhardt 2009: 166). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass aus dem Nationalen Integrationsgipfel der Nationale Aktionsplan Integration (NAP-I, vormals Nationaler Integrationsplan, NIP) hervorging, bei dessen Entstehung und Weiterentwicklung auch zahlreiche Migrantenorganisationen und -dachverbände eingebunden waren.²⁵

Wichtig ist außerdem, dass der alleinige Blick auf öffentlichkeitswirksame Foren nicht genügt, um zu beurteilen, wie sich die Nachfrage nach Migranten-

23 Das federführend für die Freie Wohlfahrtspflege zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat u. a. das partizipativ angelegte Projekt „Empowerment zur Wohlfahrtspflege mit den DIK-Verbänden“ aufgelegt (Laufzeit 2017–2022), um die Etablierung der muslimischen und alevitischen Wohlfahrtspflege in Deutschland partnerschaftlich zu begleiten. Für weitere Informationen s. <https://www.empowerment-wohlfahrtspflege.de/das-projekt> (30.09.2022).

24 Beispielsweise startete TANG im März 2020 eine eigene Telefonaktion, um Menschen und Vereine aus der afrikanischen Community in Deutschland sowie Geflüchtete gezielt zu kontaktieren und sie in ihrer Muttersprache mit seriösen Informationen zum neuartigen Coronavirus und zu notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen zu versorgen; s. <http://tang-ev.de/corona-tang-telefonaktion-informiert-mehr-als-200-000-gefluechtete-und-menschen-aus-der-afrikanischen-community/2020/03/> (30.09.2022).

25 Die Maßnahmen und Indikatoren zur Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund wurden von der Bundesregierung erstmals mit den Programmen NIP und NAP-I zu einer bundesweiten und ressortübergreifenden Strategie gebündelt. Die Entwicklung und Fortführung des NAP-I-Prozesses erfolgt in themenspezifischen Dialogforen (z. B. Bildung, Gesundheit und Pflege, Arbeitsmarkt und Erwerbsleben) unter Federführung des jeweils zuständigen Ministeriums und unter breiter Einbindung von Migrantenorganisationen und -dachverbänden; weitere Information unter <https://www.nationaler-aktionsplan-integration.de/napi-de> (30.09.2022).

26 Zumindest wäre außerdem darauf zu achten, wie sich die Beteiligung von Migrantendachverbänden an Anhörungen durch Ausschüsse des Bundestags oder durch Bundesministerien (z. B. im Rahmen konkreter Gesetzgebungsverfahren) entwickelt hat. Aktuelle systematische Auswertungen hierzu fehlen jedoch.

dachverbänden und ihr Beitrag zur Formulierung von Politik entwickelt hat (s. Blätte 2014).²⁶ Hinzu kommt, dass nicht jeder Migrantendachverband nach derselben Form des politischen Einbezugs strebt. Prioritäten, Adressaten und gewählte Strategien der Interessenvertretung durch Migrantendachverbände können sehr unterschiedlich gelagert sein.

Was verschiedene Migrantendachverbände in Deutschland konkret unter Interessenvertretung nach außen verstehen und wie sie diese Funktion jeweils praktisch ausfüllen (verbandliche *Public-Affairs*-Arbeit) wurde bisher kaum thematisiert. Doch dieser Punkt ist wichtig, um die Beziehungen der einzelnen Migrantendachverbände zum Staat einzuordnen.

3.2 Interessen vertreten: *Public-Affairs*-Strategien von Migrantendachverbänden

Von außen lässt sich mitunter nur schwer beurteilen, welche Priorität ein Migrantendachverband der Interessenvertretung beimisst und was er hierunter überhaupt versteht. Grundsätzlich kennt die verbandliche Interessenvertretung verschiedene Adressaten (Politik, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft), Aktionsformen und Kanäle; und sie findet sowohl innerhalb politischer Institutionen statt (z. B. Politikkontaktarbeit/Lobbying) als auch außerhalb des Staatsapparats (z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Protest, Rechtsweg) (Info-Box 3).

Die Annahme, dass Migrantendachverbände bei ihrer politischen Interessenvertretung stets auf die Herstellung von Öffentlichkeit setzen (z. B. durch das Herausgeben von Pressemitteilungen oder öffentlichen Stellungnahmen), weil sie „in Ermangelung einer ökonomischen Machtbasis ihren politischen Forderungen erst Nachdruck verleihen können, indem sie diese öffentlich machen“ (Blätte 2014: 89), scheint verkürzt zu sein. Migrantendachverbände mit fachlicher

Spezialisierung (z. B. Gesundheit, Bildung, Erziehung) traten zwar in der Studie von Blätte (2014) kaum oder gar nicht durch öffentliche Stellungnahmen in Erscheinung, aber sie standen über andere Kanäle in regem Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik und Verwaltung, z. B. durch Beteiligung an politischen Konsultationsgremien, Anhörungen und Arbeitsgruppen (Blätte 2014: 97).

Wie im übrigen Verbändefeld unterscheiden sich die Strategien und Adressatinnen und Adressaten der Interessenvertretung auch innerhalb des Feldes der Migrantendachverbände: Ein Teil setzt in hohem Maße auf die Beteiligung an der öffentlichen Meinungsbildung oder den Aufbau von öffentlichem Druck auf Politik, ein anderer Teil betreibt die Interessenvertretung stärker innerhalb politischer Institutionen. Und natürlich kombinieren manche Verbände beide Methoden auch. In den letzten Jahren sind Migrantendachverbände bei ihrer politischen Öffentlichkeitsarbeit außerdem häufiger gemeinsam aufgetreten. Ein Beispiel ist die Veröffentlichung eines von 50 Organisationen (mehrheitlich Migrantendachverbände) erarbeiteten und mitgezeichneten „Impulspapier[s] der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ (Atasoy et al. 2016) im November 2016. Ein anderes Beispiel ist die gemeinsame Veröffentlichung des Entwurfs für ein Bundespartizipationsgesetz (BPartG) im Sommer 2021. Erarbeitet wurde der BPartG-Entwurf von einer Arbeitsgruppe der seit 2017 jährlich stattfindenden Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO).²⁷ Die BKMO ist eine Plattform, die der Verständigung von Migrantendachverbänden über gemeinsame politische Ziele und Forderungen dient.²⁸ **Im Organisationsfeld der Migrantendachverbände darf Interessenvertretung keinesfalls auf das unmittelbare Streben nach Einfluss auf konkrete politische Entscheidungen reduziert werden.**

27 Nach einer mehrjährigen Erarbeitungsphase der konkreten Themen, die durch ein BPartG geregelt werden sollen, beauftragte die BKMO Prof. Dr. Thomas Groß (Universität Osnabrück) mit der juristischen Begutachtung und Erstellung eines konkreten Vorschlags für einen Gesetzestext.

28 Ein drittes Beispiel für gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit aus jüngster Zeit ist der Ende Juni 2022 veröffentlichte und ebenfalls von der BKMO initiierte offene Brief zur Unterstützung der in der Öffentlichkeit kritisch diskutierten Nominierung Ferda Atamans als Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Antidiskriminierung. Neben zahlreichen Migrantendachverbänden und Einzelpersonen unterzeichneten diesen Brief auch nichtmigrantische Verbände, wie z. B. der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V. (LSVD) oder der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG).

Info-Box 3 Aktionsformen und Kanäle verbandlicher Interessenvertretung

Verbände können unterschiedliche Aktionsformen, Strategien und Wege wählen, um ihre Interessen möglichst wirksam nach außen zu vertreten. Man unterscheidet grundsätzlich zunächst zwischen Interessenvertretung innerhalb und außerhalb politischer Institutionen (Koch-Baumgarten 2010: 245):

Bei der Interessenvertretung innerhalb staatlicher Institutionen betreiben Verbände z. B. eigeninitiativ Politikkontaktarbeit (Lobbying). Das heißt, sie pflegen informelle Kontakte mit den für konkrete Themen und Prozesse zuständigen Stellen in der Ministerialbürokratie, mit Abgeordneten und weiteren politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Ferner beteiligen sich Verbände an Ausschusshörungen (Hearings) und anderen parlamentarischen wie ministeriellen Konsultationsprozessen und Gremien (Roose 2009: 115–117).

Bei der Interessenvertretung außerhalb politischer Institutionen setzen Verbände z. B. auf die Mobilisierung von Protest (wie Streiks und Demonstrationen) und mediale Öffentlichkeitsarbeit (Roose 2009: 112). Auch hierdurch können sie zum einen versuchen, selbst Themen zu setzen und politischen Handlungsdruck aufzubauen; zum anderen können sie über Medienarbeit auch öffentlich Unterstützung und Wohlwollen über konkrete Entscheidungen und Verhandlungen bekunden. Die öffentliche Interessenartikulation ist für Verbände wegen der stetig wachsenden Bedeutung von medialer Inszenierung in den letzten Jahren immer wichtiger geworden (Straßner 2006: 13).

Das hat auch Folgen für die Kräfteverhältnisse im Verbändefeld: Denn für die Durchsetzungschancen

eines Verbands kommt es nicht mehr in jedem Fall vorrangig auf seine Konfliktfähigkeit²⁹ an. Auch die Resonanzfähigkeit von Verbänden gewinnt an Bedeutung. Gemeint ist damit das Vermögen einer Interessengruppe, „ihre Themen, Situationsdeutungen und politischen Forderungen in den Medien zu platzieren und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren“ (Koch-Baumgarten 2010: 250–251). Daher sind in der modernen Mediendemokratie keine allgemeingültigen Aussagen mehr dazu möglich, ob es für die politische Durchsetzung konkreter Interessen vielversprechender ist, auf privilegierte Beziehungen innerhalb des Staatsapparats oder auf kommunikative bzw. diskursive Macht zu setzen.

Neben der Interessenvertretung im Staatsapparat und in der (Medien)Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren außerdem die rechtsbasierte Interessenvertretung an Bedeutung gewonnen (Rehder 2009: 270–271): Einige Verbände setzen inzwischen verstärkt auf den gerichtlichen Weg, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Hinwendung zum Rechtsweg wurde in Deutschland beispielsweise bei familienpolitischen, tarifpolitischen und umweltpolitischen Interessen beobachtet (Rehder 2009: 271). Über den Rechtsweg versuchen Verbände außerdem, wahrgenommene Ungleichgewichte zwischen ihrer politischen Einbindung in der Phase der Politikproduktion und der Politikimplementierung auszugleichen. Dies wurde beispielsweise bei den Gewerkschaften und sozialpolitischen Verbänden beobachtet (Rehder 2009: 271).

²⁹ In einem Satz hängt die Konfliktfähigkeit eines Verbandes davon ab, ob er glaubhaft mit dem Entzug wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich relevanter Leistungen drohen kann (Schubert 2010: 487). Eine gängige Einteilung ist hierbei die zwischen erwerbsbezogenen und nichterwerbsbezogenen Interessen (s. von Winter/Willems 2000: 14–15). Denn grob vereinfacht gilt: Je enger organisierte Interessen mit dem Produktionsprozess verbunden sind, desto höher ist in der Regel ihre Konfliktfähigkeit. Zugleich kommt es aber auch auf den Organisationsgrad an, also darauf, dass der jeweilige Verband im für seine Interessenvertretung relevanten Sektor über eine breite Mitgliederbasis verfügt, deren Handeln er auch tatsächlich beeinflussen kann (Verpflichtungsfähigkeit, z. B. Streikaufruf).

Die Interessenvertretung von Migrantendachverbänden kennt verschiedene Adressaten. Manchmal wird die Öffentlichkeit direkt angesprochen, etwa um für die positive Wahrnehmung einer bestimmten Zuwanderungsgruppe Sorge zu tragen (Kroatischer Weltkongress in Deutschland 2022) oder, wie am Beispiel der Kurdischen Gemeinde Deutschland e. V. (KGD) deutlich wird, im Selbstverständnis als Akteur der politischen Bildung. So beschreibt es die KGD ausdrücklich als ihre Aufgabe, den Diskurs über die kurdische Identität und Gemeinschaft mitzugestalten und die deutsche Öffentlichkeit über politische Entwicklungen in den kurdischen Gebieten zu informieren (KGD 2022). Es lassen sich also auch adressatenabhängig verschiedene Arten der (politischen) Interessenvertretung unterscheiden, die mit darüber bestimmen, welche Aktionsformen und Kanäle zielführend erscheinen.

3.3 Interessen einbeziehen: politische Repräsentationsfunktionen von Migrantendachverbänden

Die Diskussion darüber, wen oder was Migrantendachverbände legitim vertreten, verläuft intensiver als z. B. bei Frauen-, Arbeitslosen- oder Jugendverbänden, die in ähnlicher Weise die Interessen abstrakter soziodemografischer Gruppen repräsentieren (s. Weiss 2013: 24-25). Einerseits erklären politische Akteurinnen und Akteure ihr Interesse an einem Austausch mit Migrantendachverbänden häufig damit, dass „Migrantenorganisationen Belange von Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Migrationshintergrund als deren Interessenvertreter vertieft kennen“ (BMI 2022). Und auch Migrantendachverbände positionieren sich häufig allgemein als „Interessenvertretung und Sprachrohr der Eltern mit Einwanderungsgeschichte“ (bbt 2022) oder als „Vertretung der in Deutschland lebenden Personen afrikanischer Herkunft“ (ZAGD 2022). Andererseits wird von Politik, Wissenschaft und den Migrantendachverbänden auf die Grenze des Repräsentationsanspruchs hingewiesen, die sich schon daraus ergibt, dass die Mehrheit der Menschen mit eigener oder familiärer

Zuwanderungsgeschichte weder Mitglied in einer Migrantenorganisation ist, noch deren Angebote nutzt und daher nicht durch Migrantendachverbände vertreten werden kann (Weiss 2013: 24).

Dies mag damit zusammenhängen, dass Migrantendachverbände von Politik und Öffentlichkeit besonders deutlich (und stärker als die oben vergleichend genannten Frauen-, Arbeitslosen- oder Jugendverbände) auch als Strukturen zur Förderung der individuellen politischen Teilhabe von Zugewanderten wahrgenommen werden, weil Menschen ohne deutschen Pass (also eine Teilgruppe der Klientel von Migrantenorganisationen) sich allenfalls eingeschränkt an Wahlen beteiligen oder in Parlamente einbringen können. Zum Teil haben die eingeschränkten Möglichkeiten zur politischen Teilhabe die verbandsmäßige Selbstorganisation von Zugewanderten mit angestoßen (s. SVR 2021: 55-64). Als Nebeneffekt unterstützt dies aber die Idee von einem generalisierten Vertretungsanspruch, den es nicht geben kann. Migrantendachverbände vertreten wie andere Verbände auch stets Partikularinteressen, weswegen die Forderungen verschiedener Migrantendachverbände keineswegs konfliktfrei ineinander aufgehen müssen (s. Schneider 2009: 121).

Um Unsicherheiten über Maßstäbe des politischen Einbezugs von Migrantendachverbänden abzubauen, müssen in Bezug auf ihre Repräsentationsansprüche (genau wie bei anderen Verbänden) mindestens vier politische Repräsentationsfunktionen unterschieden werden (s. Budde 2013).³⁰ Dabei geht es stets um die Vertretung von Interessen und nicht die von Menschen:

- (1) Migrantendachverbände als Vertreter von Mitgliederinteressen,
- (2) Migrantendachverbände als Stellvertreter von Klientelinteressen,
- (3) Migrantendachverbände als Repräsentanten von Vielfalt und
- (4) Migrantendachverbände als symbolische Integrationsfiguren.

30 Budde unterscheidet nur drei Repräsentationsmodi. Die Punkte eins und zwei der obenstehenden Auflistung würden bei ihm beide unter „Repräsentation als Willensbeziehung“ fallen (vgl. Budde 2013: 36-42). Hier erscheint die weitere Ausdifferenzierung jedoch sinnvoll, um deutlich zu kennzeichnen, was zwischen der zu engen Vorstellung liegt, Migrantendachverbände könnten in legitimer Weise nur für ihre Mitglieder sprechen, und der zu weiten Idee eines generalisierten Vertretungsanspruchs für alle Menschen mit Migrationshintergrund.

In der Praxis überlagern sich diese politischen Repräsentationsfunktionen zwar, aber in der Regel ist eine von ihnen für ein jeweiliges Setting richtungsweisend. Deshalb hilft ihre Unterscheidung dabei, konkrete Maßstäbe des politischen Einbezugs zu eruieren oder (aus Sicht der Verbände) Überlegungen dazu anzustellen, welche Repräsentationsambitionen in der Außenkommunikation betont werden sollen.

Migrantendachverbände als Vertreter von Mitgliederinteressen

Im Grundsatz ist unstrittig, dass Verbände die Interessen ihrer Mitglieder legitimer Weise vertreten: Verbände gelten als Sachwalter ihrer Mitglieder, die versuchen, „auf der Basis eines ‚generalisierten Mandats‘ deren Interessen vorzutragen und durchzusetzen“ (Straßner 2006: 13). Diese Interessen können sowohl materiell als auch ideell sein. Damit ein Verband glaubhaft beanspruchen kann, bestimmte Interessen zutreffend abzubilden und zu vermitteln – etwa der Grundgesamtheit der Migrantenorganisationen eines Bundeslandes oder eines konkreten fachlichen Schwerpunkts –, benötigt er eine breite Mitgliederbasis: „Diese Basis muss nicht zwingend viele Personen [bzw. Migrantenorganisationen] umfassen, sie muss aber den jeweils funktional spezifizierten Ausschnitt zu möglichst großen Teilen abdecken“ (Roose 2009: 113).

Um die Qualität der Repräsentationsansprüche zu beurteilen, sind ferner die Gütekriterien der innerverbandlichen Interessenaggregation heranzuziehen (s. Voelzkow 2007: 142; von Winter/Willems 2000: 22). Mit anderen Worten: Wie sind Verbändebürokratie und Mitgliederebene verzahnt? Wie ist die innerverbandliche Willensbildung organisiert? Welche Feed-

backschleifen existieren zwischen Verbändeaktivitäten und Mitgliederinteressen? Diese Maßstäbe gelten grundsätzlich auch in der zweiten Repräsentationsfunktion, also dann, wenn Migrantendachverbände als Advokaten von Klientelinteressen auftreten.

Migrantendachverbände als Stellvertreter von Klientelinteressen

Die Gesellschaft bietet nicht nur konkrete Anlässe, sich verbandsmäßig zu organisieren, z. B. weil es Interessen gibt, die von bestehenden Interessenorganisationen bisher nicht oder nur unzureichend aufgegriffen werden (s. Kap. 2.2). Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmen auch mit darüber, wie einfach oder schwierig es für einzelne Interessen ist, sich zu organisieren (s. von Winter/Willems 2000: 23; von Winter 2007: 343). Das führt nicht nur zu einer Asymmetrie der Macht- und Einflusschancen von Verbänden, sondern auch dazu, dass manche Interessen latent bleiben oder in erster Linie von Stellvertreterorganisationen aufgegriffen werden.

Beispielsweise sind die Bedingungen für die Selbstvertretung spezifischer Interessen von Migrantinnen und Migranten, die (noch) keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben – insbesondere irregulär aufhältigen Personen, aber auch Menschen im Asylverfahren – deutlich erschwert (s. auch Thränhardt 2009; 2010; Kanalan 2015: 3).³¹ Deshalb spielen beim Einsatz für ihre statusgruppenspezifischen Interessen bis heute „Stellvertreter-Organisationen“ (Thränhardt 2009: 163–164) eine große Rolle (sog. advokatorische Interessenvertretung, s. von Winter/Willems 2000: 25).

In Deutschland gelten vor allem ressourcenstarke Großorganisationen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen oder verschiedene Berufsverbände von Humandienstleistenden (z. B. Ärzte ohne Grenzen

31 Irregulär aufhältige Personen laufen durch nach außen sichtbares Engagement Gefahr, dass die Ausländerbehörden Kenntnis über ihren fehlenden Aufenthaltstitel erlangen, womit ihnen die Abschiebung drohen würde. Aus demselben Grund kann für sie die Mitwirkung in Organisationen ein Risiko darstellen, die als sog. Ausländervereine im Sinne von § 14 Abs. 1 des Vereinsgesetzes (VereinsG) gelten und als solche besonderen Anmelde- und Auskunftspflichten unterliegen. Auch für Asylsuchende ist es aus mehreren Gründen schwierig, eine formalisierte Selbstvertretung statusgruppenspezifischer Interessen zu organisieren, etwa wegen ihrer oft stark begrenzten materiellen Ressourcen sowie häufig noch eingeschränkten Sprachkenntnissen und Wissenslücken zum politischen und rechtlichen System in Deutschland. Auch die motivationalen Ressourcen können gehemmt sein, u. a. aufgrund der erst relativ kurzen Aufenthaltsdauer in Deutschland, einer unklaren Bleibeperspektive und der Tatsache, dass das Asylverfahren ein rechtliches Übergangsstadium darstellt. Personen mit Fluchthintergrund, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen ist, haben aber in den vergangenen Jahren häufiger eigene Migrantenorganisationen und zum Teil auch Verbände mitgegründet (SVR-Forschungsbereich 2020: 29).

e. V.) als typische Stellvertreter in diesem Sinn (von Winter/Willems 2000: 12). **Auch Migrantendachverbände sind im Rahmen ihrer Interessenvertretung häufig Stellvertreterorganisationen, die den Anspruch haben, konkrete Probleme, Herausforderungen und statusgruppenspezifische Interessen einer weiter gefassten Klientel nach außen zu vertreten, z. B. bestimmter Nutzergruppen der in ihnen vernetzten Migrantenorganisationen. Auch hierbei handelt es sich um eine politische Repräsentationsfunktion. Deshalb stimmt es nicht, dass Migrantendachverbände zwingend in erster Linie oder nur für ihre Mitglieder sprechen (können).** Fortlaufend rechtfertigungsbedürftig bleibt bei der advokatorischen Interessenrepräsentation aber der praktische Bezug zur eigenen Klientel. Verbände verweisen hierzu etwa auf relevante Projekterfahrungen ihrer Mitgliedsorganisationen, die eine entsprechende Sach- und Zielgruppenkenntnis in der Breite belegen.

Migrantendachverbände als Repräsentanten von Vielfalt

Eine grundlegend andere Repräsentationsfunktion steht im Vordergrund, wenn Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen oder auch Migrantendachverbänden in Gremien berufen werden, um dem Gebot der Vielfalt selbst Rechnung zu tragen. In diesem Fall muss es nicht einmal zwingend einen Bezug zwischen den Themen des Gremiums und ihrer eigenen Expertise geben. Ein Musterbeispiel für diese Form des Einbezugs bilden die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (beim ZDF: Fernsehrat).³²

Die Zusammensetzung dieser Aufsichtsgremien zur Programmkontrolle soll einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. **Dieser Form des Einbezugs**

liegt das Konzept der deskriptiven Repräsentation zugrunde, das zugleich die richtungsweisende Legitimitätsgrundlage etwaiger Vertretungsansprüche bildet.³³ Der Idee nach verbessert die deskriptive auch die substanzielle Repräsentation, denn es wird erwartet, mit ihr eine korrektive Sensibilisierung bzw. Öffnungsprozesse anzustoßen, etwa für eine mit Zuwanderung assoziierte Perspektivenvielfalt (s. SVR 2021: 51).

Deskriptive Repräsentation in diesem Sinne ist jedoch auch Gegenstand von Kritik: Wenn jeder am Tisch für eine Vielfaltsdimension ‚verantwortlich‘ ist, kann das der Idee Vorschub leisten, dass sich alle Fragen an die jeweilige Vertretung delegieren ließen. Ferner kann die Orientierung an deskriptiver Repräsentation unter neuen Vorzeichen zu Ausschlüssen führen. Dies passiert etwa, wenn Organisationen oder Personen, die eine bestimmte Vielfaltsdimension nicht selbst verkörpern, die Bereitschaft oder Fähigkeit abgesprochen wird, sich für die Belange von Menschen mit dem entsprechenden Vielfaltsmerkmal einzusetzen, z. B. für Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeiterinnen und Arbeiter, Arbeitslose, Personen aus nichtakademischen Haushalten, junge Menschen oder Menschen mit Behinderung.

Migrantendachverbände als symbolische Integrationsfiguren

Migrantendachverbände streben nicht nur danach, konkrete Interessen durchzusetzen, sondern sie treten auch als symbolische Integrationsfiguren auf – und zwar sowohl eigeninitiativ als auch auf Nachfrage. Hierbei geht es darum, grundlegende Werte des politischen Gemeinwesens zu repräsentieren. Integration hat hier nichts mit Integrationspolitik zu tun, sondern mit dem Stiften von Einheit in einem grundsätzli-

32 Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Bedeutung verschiedener Dimensionen gesellschaftlicher Diversität in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Programmkontrolle s. auch Mualem Sultan 2011: 120–150.

33 Deskriptive Repräsentation fordert, „dass die Repräsentanten bestimmte äußerliche Merkmale wie Geschlecht, Hautfarbe oder Lebensumstände mit den Repräsentierten teilen sollen“ (Budde 2013: 31). Der Mechanismus, über den dies erzielt wird, ist z. B. die Quote. Migrantendachverbände bzw. ihre Vertreterinnen und Vertreter stehen aus diesem Blickwinkel für eine Vielfaltsdimension, die in zahlreichen politischen Gremien, inklusive Parteien und Parlamenten bisher unterrepräsentiert ist, was als Demokratiedefizit beurteilt wird. Als Gegenmaßnahme wird gefordert, dass die Zusammensetzung von Gremien diverser werden sollte, und zwar in der jeweils als relevant erachteten Hinsicht.

cheren Sinne, der die wertmäßige Verfassung eines Gemeinwesens betrifft (Budde 2013: 47–50). Eine verbreitete Ausdrucksform, mit der Organisationen als symbolische Integrationsfiguren wirken, sind beispielsweise öffentliche Positionierungen zu aktuellen Ereignissen. So haben zahlreiche Migrantendachverbände ebenso wie Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit den russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 verurteilt. Auch die Einbindung der Farben der ukrainischen Flagge in den Onlineauftritt diverser Organisationen dient der einheitsstiftenden symbolischen Repräsentation.

Wenn Verbände als symbolische Integrationsfiguren auftreten, geht es nicht in erster Linie um ihre Mandatierung durch die Mitglieder, eine Stellvertretung oder die Idee deskriptiver Repräsentation, sondern um das Einheitsstiftende selbst. Dies ist auch die Richtschnur, nach der sich bemisst, ob symbolische Repräsentation in diesem Sinne als legitim wahrgenommen wird oder nicht. Entscheidend ist, dass im jeweiligen Akt allgemein geteilte Sinngehalte und Werte erfahrbar werden (Budde 2013: 51–52) und dass die wertmäßige Integrität der Sprechenden unzweifelhaft ist.

Aus dem symbolischen Charakter dieser Repräsentationsfunktion darf nicht automatisch geschlossen werden, dass sie weniger wichtig ist als die zuvor genannten Repräsentationsfunktionen. Durch symbolische Integrationsfiguren werden die grundlegenden Werte des Gemeinwesens sowohl reproduziert als auch sukzessive neu geschaffen und gefestigt (Budde 2013: 52). Mit diesem Blickwinkel geht es bei der Beurteilung von Gremien wie dem Nationalen Integrationsgipfel oder der DIK nicht nur um die Frage, inwiefern diese selbst unmittelbar politisch entscheidungsrelevant sind, sondern auch um ihr Potenzial, z. B. die künftige Planung entscheidungsrelevanter Formate und Gremien in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu beeinflussen. Denn sie festigen das politische Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland wie auch den Maßstab einer aktiven Einbindung von Migrantendachverbänden.



4 Fazit und Forschungsdesiderate

Migrantenorganisationen haben in Deutschland auf allen politischen Ebenen eigene Dachverbände gegründet, um gemeinsame Interessen zu bündeln und diese wirksam nach außen zu vertreten. Diese Migrantendachverbände bilden eine Teilmenge im insgesamt breiteren Spektrum migrantischer Interessenorganisationen. In der Regel handelt es sich um nichtwirtschaftliche Interessenvertretungen, die sich sozial- und integrationspolitisch für die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte engagieren und die sowohl auf der Verbandsebene als auch in den zusammengeschlossenen Migrantenorganisationen mehrheitlich von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte getragen werden.

Viele Migrantendachverbände haben den Anspruch, politische Ansprechpartner zu Fragen der gleichberechtigten Teilhabe zu sein. Auch die Akteurinnen und Akteure in der Politik betonen, dass Migrantendachverbände zentrale Partner für die Integrationspolitik sind. Ob sich die politische Nachfrage mit den politischen Ambitionen von verschiedenen Migrantendachverbänden deckt, ist aber bisher weitgehend unerforscht. Ähnliches gilt für die Frage, welche Repräsentations- und Leistungslücken Migrantendachverbände im Vergleich zu allgemeinen Interessenorganisationen schließen.

Während über den politischen Blick auf die Verbändelandschaft und das konkrete politische Interesse an Migrantendachverbänden bereits einiges bekannt ist, gibt es bislang nur wenige systematische Erkenntnisse dazu, wie Migrantendachverbände selbst die Entwicklung ihrer Rollen in Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft einordnen und mit welchen Spannungsfeldern sie sich möglicherweise konfrontiert sehen. Auf Basis des bisherigen Wissensstands lässt sich festhalten:

Migrantendachverbände decken nicht nur inhaltlich ein breites Themenspektrum ab, sie sind auch strukturell und in ihren Funktionsprofilen und Repräsentationsansprüchen divers aufgestellt. In diesem Feld sind vielfältige Mobilisierungsprinzipien zu beobachten (z. B. fachlich, zielgruppenspezifisch sowie entlang von Herkunft, Kultur, Sprache oder Religion), die zudem in unterschiedlichen Kombinationen

auftreten. Dies spiegelt die insgesamt im bundesdeutschen Verbändefeld fortschreitende Ausdifferenzierung organisierter Interessen wider. **Migrantendachverbände können daher keineswegs als ein (homogener) Verbändetyp begriffen werden.**

Daher lassen sich die Beziehungen zwischen Staat und Migrantendachverbänden nicht durchgehend nach demselben Schema beurteilen: So lässt sich beispielsweise die Frage, wie etabliert ein Migrantendachverband ist, nicht allein dadurch beantworten, wie oft er in entscheidungsrelevante politische Gremien und Prozesse eingebunden ist. Denn diese Form des politischen Einbezugs wird nicht von allen Migrantendachverbänden gleichermaßen angestrebt.

Die Frage, was verschiedene Migrantendachverbände in Deutschland konkret unter Interessenvertretung nach außen verstehen und wie sie diese Funktion praktisch ausfüllen, wurde bisher nicht ausreichend erforscht, sodass über unterschiedliche Vorstellungen, Zielsetzungen und Trends bislang wenig bekannt ist. Ein breiter angelegtes Forschungsprojekt des wissenschaftlichen Stabes des SVR soll daher eine qualitative Analyse der *Public-Affairs*-Strategien von Migrantendachverbänden beinhalten. Dies erscheint sinnvoll für eine gehaltvolle Typisierung ihrer Beziehungen zum Staat in der Integrationspolitik.

Bislang liegen keine Hinweise darauf vor, dass Politik und Verwaltung an Migrantendachverbände grundsätzlich andere Maßstäbe als an andere Verbände anlegen, um den Wert einer Interaktion mit ihnen abzuschätzen. Ob die grundsätzliche politische Anerkennung der Bedeutung von Migrantendachverbänden auch im Alltag der Interessenskonsultation mit entsprechenden Zugangschancen von Migrantendachverbänden einhergeht, ist allerdings noch zu untersuchen. Daher bezieht sich künftiger Forschungsbedarf auch auf die politischen Vorstellungen über die Kennzeichen und Potenziale von Migrantendachverbänden.

Literatur

- von Alemann, Ulrich 1996: Was sind Verbände? (<https://www.verbaende.com/report/artikel/was-sind-verbaende-1641/>, 30.09.2022)
- von Alemann, Ulrich 2000: Handlungsfelder der Interessenverbände. (<https://www.verbaende.com/report/artikel/handlungsfelder-der-interessenverbaende-1644/>, 30.09.2022)
- von Alemann, Ulrich/Eckert, Florian 2006: Lobbyismus als Schattenpolitik, in: APuZ, 56: 15-16, 3-10.
- Atasoy, Ahmet/Atmaca, Delal/Choi, Sun-ju/Eichenhofer, Johannes/Gerlach, Martin/Henke, Sigismund/Jek, Günter/Küçük, Kenan/Oikonomidou, Maria/Ortmann, Galina/Soumaoro, Nelli Foumba/Sügür, Cihan/Tolan, Hikmet 2016: Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wie interkulturelle Öffnung jetzt gelingen kann!, Berlin.
- Bambal, Banu/Toprak, Ali Ertan/Leotsakou, Athena/Terhaag-Chaaban, Eva/Londji, Tshikudi/Alpbek, Berrin/Çaglar, Mehtap/Maric, Mijo/Bountos, Athanasios/Arkat, Nalan/Gerlach, Martin/Protsenko, Marina/Löhlein, Harald 2011: Expertise. Stärken und Potentiale von bundesweit organisierten und tätigen Migrantendachorganisationen. Herausgegeben vom Paritätischen Gesamtverband, Berlin.
- bbt 2022: Über bbt. (<https://www.bundeselternnetzwerk.de/ueber-bbt>, 30.09.2022)
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: Migranten(dach)organisationen in Deutschland, Berlin.
- Blätte, Andreas 2011: Islamische Verbände in verbandsökonomischer Perspektive. Begrenzte staatliche Formung durch endogene Ressourcenbildung, in: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam, Wiesbaden, 219-246.
- Blätte, Andreas 2014: Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik 1998-2006. Zugang, Normen und Tausch, Wiesbaden.
- BMI 2022: Migrantenorganisationen – Dialog und Förderung. (<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/integration/migrantenorganisationen/migrantenorganisationen-node.html>, 30.09.2022)
- Budde, David 2013: Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik, Berlin.
- Bundesregierung 2021: Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase IV – Zusammenwachsen: Vielfalt gestalten – Einheit sichern, Berlin.
- BV NeMO 2018: Stadtgesellschaft neu denken: lokale Verbände von Migrant*innenorganisationen, 2018.
- DIK-Lenkungsausschuss 2015: Wohlfahrtspflege als Thema der Deutschen Islamkonferenz. Ergebnisse der Sitzung des DIK-Lenkungsausschusses vom 10. November 2015 in Berlin. (https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Ergebnisse-Empfehlungen/20151110-la-ergebnisse-dik.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 30.09.2022)
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2015: Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Studie des DESI für die Friedrich-Ebert-Stiftung, 2., überarb. Aufl., Berlin.
- Halm, Dirk 2013: (Des-)integrative Wirkungen von Migrant*innenverbänden bzw. Migrant*innenorganisationen. Stand der wissenschaftlichen Diskussion und aktuelle Entwicklungen. Expertise im Auftrag des SVR, Essen/Berlin.
- Halm, Dirk 2015: Potenzial von Migrant*innenorganisationen als integrationspolitische Akteure, in: IMIS-Beiträge 47/2015, 37-67.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina 2015: Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Berlin.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina/Naqshband, Saboura/Nowicka, Magdalena 2020: Wohlfahrtspflegerische Leistungen von säkularen Migrant*innenorganisationen in Deutschland, unter Berücksichtigung der Leistungen für Geflüchtete, Baden-Baden.
- Hunger, Uwe 2004: „Wie können Migrant*innenorganisationen den Integrationsprozess betreuen?“ Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland, Münster/Osnabrück.

ies/amfn 2019: Ergebnisse der Strukturförderung 2013–2018. Kurzbericht der fachlichen Begleitung des Förderprogramms ‚Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene‘, Hannover.

Kanalan, Ibrahim 2015: Jugendliche ohne Grenzen. Zehn Jahre Proteste und Kämpfe von geflüchteten Jugendlichen – Creating Utopia?, in: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1: 2, 1–14.

KGD 2022: Selbstdarstellung. (<https://kurdische-gemeinde.de/ueber-uns/selbstdarstellung/>, 30.09.2022)

Klie, Anna Wiebke 2022: Zivilgesellschaftliche Performanz von religiösen und säkularen Migrantenselbstorganisationen. Eine Studie in Nordrhein-Westfalen, Wiesbaden.

Koch-Baumgarten, Sigrid 2010: Verbände zwischen Öffentlichkeit, Medien und Politik, in: Hoffmann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): *Handbuch Verbandskommunikation*, Wiesbaden, 239–258.

Kortmann, Matthias/Klein, Ansgar/Rohwerder, Jan 2011: Editorial. Engagierte Einwanderer. Chancen und Probleme der Partizipation von Migranten, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24: 2, 3–7.

Krimmer, Holger/Bork, Magdalena/Markowski, Lydia/Gorke, Johanna 2020: Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise, Berlin.

Kroatischer Weltkongress in Deutschland 2022: Wer sind wir. (<https://www.kwkd.org/verein/wer-sind-wir>, 30.09.2022)

Mikuszies, Ester/Nowak, Jörg/Ruß, Sabine/Schwenken, Helen 2010: Die politische Repräsentation von schwachen Interessen am Beispiel von MigrantInnen, in: Clement, Ute/Nowak, Jörg/Scherrer, Christoph/Ruß, Sabine (Hrsg.): *Public Governance und schwache Interessen*, Wiesbaden, 95–109.

Mualem Sultan, Marie 2011: Migration, Vielfalt und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk, Würzburg.

ndo 2022: Mach mit! (<https://neuedeutsche.org/de/ueber-uns/mitmachen/>, 30.09.2022)

Popp, Karoline 2022: Neue Diaspora? Engagement und transnationale Netzwerke der afghanischen und syrischen Communities in Deutschland. SVR-Policy Brief 2022-1, Berlin.

Pries, Ludger 2010: (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde, in: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): *Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, Wiesbaden, 15–60.

Rehder, Britta 2009: Interessenvermittlung in Politikfeldern – ein vergleichendes Fazit, in: Rehder, Britta/von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hrsg.): *Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*, Wiesbaden, 267–273.

Roose, Jochen 2009: Unterstützungslogik und Informationslogik. Zu zwei Formen der Interessenvertretung im Umweltbereich, in: Rehder, Britta/von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hrsg.): *Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*, Wiesbaden, 109–131.

Schimany, Peter/Schock, Hermann 2010: Migrantenorganisationen im Spiegel von Datenbanken, in: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): *Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, Wiesbaden, 321–361.

Schneider, Jan 2009: Pro Zuwanderung – pro Zuwanderer? Chancen und Grenzen der Repräsentation von Zuwandererinteressen in der Beratung von Migrationspolitik: Die Süsmuth-Kommission im Kontext, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*, Baden-Baden, 118–143.

Schubert, Klaus 2010: Konfliktfähigkeit, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A–M. 4. aktualisierte und ergänzte Aufl.*, München, 487.

Straßner, Alexander 2006: Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: *APuZ*, 56: 15–16, 10–17.

- Straßner, Alexander* 2010: Verbände: Funktionen und Strukturen, in: Hoffmann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): Handbuch Verbandskommunikation, Wiesbaden, 21-38.
- SVR 2021: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahrgutachten 2021, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2019: Anerkannte Partner – unbekanntere Größe? Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020: Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft, Berlin.
- Thränhardt, Dietrich* 2009: Migrations- und Integrationspolitik: Vom Korporatismus zur inszenierten Verstaatlichung, in: Rehder, Britta/von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden, 156-172.
- Thränhardt, Dietrich* 2010: Engagement und Integration, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden, 510-524.
- Toker, Ercüment* 2013: Der Paritätische als Dachverband der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, in: Schultze, Günther/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 76-82.
- von Unger, Hella/Baykara-Krumme, Helen/Karakayali, Serhat/Schönwälder, Karen* 2022: Organisationaler Wandel durch Migration? Zur Diversität in der Zivilgesellschaft, Bielefeld.
- VAMOs 2022: Über VAMOs. (<https://www.vamos-akademie.de/ueber-vamos/>, 30.09.2022)
- Voelzkow, Helmut* 2007: Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Verbänden in Deutschland, in: von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, 139-169.
- Weiss, Karin* 2013: Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung, in: Schultze, Günther/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 21-31.
- Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich* 2005: Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft, in: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg, 8-44.
- Willems, Ulrich/von Winter, Thomas* 2007: Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, 13-50.
- von Winter, Thomas* 2007: Sozialverbände, in: von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, 341-366.
- von Winter, Thomas/Willems, Ulrich* 2000: Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung, in: Willems, Ulrich/von Winter, Thomas (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Wiesbaden, 9-36.
- von Winter, Thomas/Willems, Ulrich* 2009: Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und der Policy-Forschung, in: Rehder, Britta/Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden, 9-29.
- ZAGD 2022: Über uns. (<https://zentralrat-afrikage-meinde.de/ueber-uns/>, 30.09.2022)
- Zimmer, Annette/Paulsen, Friedrich* 2010: Verbände als Dienstleister, in: Hoffmann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): Handbuch Verbandskommunikation, Wiesbaden, 39-55.

Tab. 2 Migrantendachverbände auf Bundesebene

Die nachstehende Liste ist das vorläufige Ergebnis einer Onlinerecherche des wissenschaftlichen Stabs des SVR vom Mai 2022 nach Maßgabe der in Kap. 2 (S. 8-9) des vorliegenden Papiers genannten Definitionskriterien für Migrantendachverbände. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben. Bei der überwiegenden Mehrheit der genannten Orga-

nisationen ist auf Basis der online zugänglichen Informationen davon auszugehen, dass es sich um Migrantendachverbände im dem hier verstandenen Sinne handelt. Dennoch kann rein auf Basis einer Onlinerecherche nicht in allen Fällen zweifelsfrei beurteilt werden, ob sämtliche Kriterien erfüllt sind.

Name	Internetseite	Gründungs- jahr	Hauptsitz
Verband afghanischer Organisationen in Deutschland e. V.	https://vafo.ngo/	2020	Berlin
Dachverband der Migrant*innen-organisationen in Ostdeutschland e. V.	https://www.damost.de/	2018	Halle (Saale)
Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe e. V.	https://www.bundeselternnetzwerk.de/	2017	Berlin
Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e. V.	https://www.bv-nemo.de/	2015	Dortmund
DaMigra e. V. Dachverband der Migrantinnenorganisationen	https://www.damigra.de/	2014	Berlin
The African Network of Germany e. V.	http://tang-ev.de/	2013	Freiburg
Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V.	https://verband-dsh.de/	2013	Berlin
Dachverband der ukrainischen Organisationen in Deutschland e. V.	https://www.dach-ukraine.de/de/	2012	München
Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V.	https://zentralrat-afrikagemeinde.de/	2012	Berlin
Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.	https://www.bvre.de/home.html	2010	Köln
Iranische Gemeinde in Deutschland e. V.	http://iranischegemeinde.org/	2010	Berlin
Zentralrat der Serben in Deutschland (ZSD) e. V.	https://www.zentralrat-der-serben.de/	2006	Berlin
Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e. V.	https://www.migrantinnen.net/	2005	Frankfurt am Main
Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa e. V.	https://ajmev.org/	2002	Paderborn
Bundesverband ausländischer Studierender e. V.	https://bas-ev.de/	2002	Ulm
Verband der russischsprachigen Jugend in Deutschland e. V.	https://www.junost-online.de/	2001	Leipzig

Name	Internetseite	Gründungs- jahr	Hauptsitz
Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e. V.	https://tuerkische-eltern-foederation.de/	1995	Berlin
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.	https://www.tgd.de/	1995	Berlin
Kroatischer Weltkongress in Deutschland e. V.	https://www.kwkd.org/	1994	Frankfurt am Main
Zentralrat der Armenier in Deutschland e. V.	https://www.zentralrat.org/	1993	Frankfurt am Main
Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.	https://kurdische-gemeinde.de/	1993	Gießen
Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine in Deutschland e. V.	http://www.arabischerverband.de/	1986	Laatzen
Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e. V.	https://bagiv.de/	1985	Bonn
Föderation Demokratischer Arbeitervereine e. V.	https://www.didf.de/	1980	Köln
VIA Verband für Interkulturelle Arbeit e. V.	https://via-bund.de/	1979	Berlin
Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und Europäische Sektionen e. V.	https://zavd.de/	1979	Gütersloh
Verband der Vereine aus Kurdistan in Deutschland e. V.	https://www.facebook.com/KOMKAR.org/	1979	Berlin
Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine e. V.	https://iree.org/	1977	Remscheid
Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.	https://www.confederacion.de/	1973	Bonn
Bundesverband Griechischer Gemeinden e. V.	https://oekg.de/de/	1965	Köln
djo – Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e. V.	https://djo.de/	1951	Berlin

Anmerkung: Der Hauptsitz ist hier der im Impressum angegebene Ort.

Quelle: Onlinerecherche des wissenschaftlichen Stabs, Mai 2022

Abkürzungen

Abs.	Absatz
amfn	Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen e. V.
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
bbt	Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe e. V.
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BKMO	Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen
BPartG	Bundespartizipationsgesetz
BV NeMO	Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e. V.
BVRE	Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.
BZI	Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat e. V.
DaMigra	Dachverband der Migrantinnenorganisationen e. V.
DaMöSt	Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e. V.
DIK	Deutsche Islamkonferenz
FÖTED	Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e. V.
ies	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH an der Universität Hannover
KGD	Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.
LSVD	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V.
NAP-I	Nationaler Aktionsplan Integration
NIP	Nationaler Integrationsplan
ndo	neue deutsche Organisationen – das postmigrantische Netzwerk e. V.
TANG	The African Network of Germany e. V.
TGD	Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.
VAFO	Verband afghanischer Organisationen in Deutschland
VAMOs	Verbandsakademie für Migrant*innenorganisationen
VBRG	Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz)
VDSH	Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V.
VIW	Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity e. V.
VMW	Verband der Migrantenwirtschaft Ethnische Unternehmer, Ausländische Arbeitgeber e. V.
ZAGD	Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V.
ZfTI	Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
ZOMiDi	Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Herausforderungen von Migration und Diversität

Impressum

Herausgeber

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de
(Redaktionsschluss: Oktober 2022)

Verantwortlich

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung

V-FORMATION, Agentur für visuelle Kommunikation GmbH

SVR-Policy Brief 2022-4

ISSN (Online) 2747-755X

© SVR gGmbH, Berlin 2022

Die Autorin

Dr. Marie Mualem Sultan

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und derzeit Stellvertretende Leiterin des Bereichs Jahresgutachten

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Petra Bendel (Vorsitzende), Prof. Dr. Daniel Thym (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Marc Helbling, Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Dr. Steffen Mau, Prof. Panu Poutvaara, Ph.D., Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger und Prof. Dr. Hans Vorländer.

Der wissenschaftliche Stab unterstützt den Sachverständigenrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben und betreibt darüber hinaus eigenständige, anwendungsorientierte Forschung im Bereich Integration und Migration. Dabei folgt er unterschiedlichen disziplinären und methodischen Ansätzen. Die Forschungsergebnisse werden u. a. in Form von Studien, Expertisen und Policy Briefs veröffentlicht.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de